

SPARTAKIST 4

HERAUSGEGEBEN VON DER SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS

Nr. 183

Mai 2010

€ 0,50



Indymedia Griechenland

Athen im Frühjahr: Generalstreik mit Bannern der Gewerkschaft des öffentlichen Dienstes ADEDY

Mit zwei landesweiten Generalstreiks reagierten die Gewerkschaften in Griechenland am 24. Februar und am 11. März auf die harten Angriffe der nationalistischen Pasok-Regierung von Georgios Papandreou auf die Löhne und

Nieder mit der imperialistischen EU!

Renten. Die griechische Regierung führt damit ein Programm aus, das ihr in weiten Teilen von der EU und der in der EU dominierenden Macht, dem imperialistischen Deutschland, diktiert wurde. Die griechische herrschende Klasse ist aber nicht nur der Handlanger der EU, sondern nutzt diese Gelegenheit auch dazu aus, die Macht der griechischen Gewerkschaften zu brechen, um sich umso unverschämter noch weiter zu bereichern. Was die angebliche Verschiebung der Krisenlast auf die „hohen Einkommen“ mittels des neuen Steuertarifs angeht, mit der Pasok die ärmeren Teile der aufgebrauchten griechischen Bevölkerung beschwichtigen will, so berichtete das *manager magazin* im Februar über das Geba-

ren der griechischen Bourgeoisie: „Kapitalflucht: Griechen bringen Milliarden in Sicherheit“ (24. Februar).

Die deutsche Bourgeoisie entfachte eine chauvinistische Kampagne und beschuldigte Griechenland pauschal, „über seine Verhältnisse“ gelebt zu haben und „belogen“ und „betrogen“ zu haben, was das griechische Haushaltsdefizit u. a. angeht. Der Vorsitzende der CDU-Mittelstandsvereinigung, Josef Schlarmann, verstieg sich gar zu der Empfehlung, die griechische Regierung soll doch „unbewohnte Inseln“ und anderes Staatseigentum verkaufen, um ihr Defizit zu reduzieren, was von *Bild* aufgegriffen und in eine wochenlange Kampagne umgewandelt wurde. Die EU-Länder Griechenland, Spanien, Portugal sowie Italien und Irland, die von der Weltwirtschaftskrise zunehmend hart betroffen sind, werden nach ihren Anfangsbuchstaben inzwischen übel chauvinistisch allgemein als „PIGS“ (englisch für Schweine) abgekürzt. Daraus spricht die imperiale Arroganz der deutschen Bourgeoisie, die vor allem den Balkan historisch als ihren Hinterhof ansieht, wo die Völker spüren sollen, um nicht direkt die Soldatenstiefel des deutschen Imperialismus zu spüren. Im Zweiten Weltkrieg besetzte der deutsche Imperialismus Griechenland und Jugoslawien und

Fortgesetzt auf Seite 13

Für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa!

Kapitalistische Krise und Arbeitslosigkeit



TROTZKI

Arbeitslosigkeit und Verelendung gehören zum Wesen des Kapitalismus, dessen Irrationalität durch die heutige Weltwirtschaftskrise unterstrichen wird. Leo Trotzki's Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der Vierten Internationale (bekannt als Übergangsprogramm und grundlegendes programmatisches Dokument der Gründungskonferenz der Vierten Internationale 1938) gilt auch heute noch. Im Übergangsprogramm betont Trotzki die Notwendigkeit, die Gewerkschaften zum Kampf für Arbeit für alle zu mobilisieren. Gegen die prokapitalistische Gewerkschaftsbürokratie und die reformistischen Führer, die die Arbeiter an den Klassenfeind binden, wird ein System von Forderungen aufgestellt, das die Tagesnöte der Massen mit der Aufgabe des revolutionären Sturzes des Kapitalismus verbindet. Ein Ende von Arbeitslosigkeit und Armut kann nur mit der Enteignung der Kapitalistenklasse durch eine Arbeiterregierung erreicht werden, d. h. durch die revolutionäre Diktatur des Proletariats.



LENIN

Unversöhnlichen Krieg erklärt die Vierte Internationale der Politik der Kapitalisten, die weitgehend von ihren Agenten, den Reformisten, übernommen wird und darauf abzielt, die ganze Last des Militarismus, der Krise, der zerrütteten Währungen und ähnlicher Plagen des kapitalistischen Niedergangs auf die Arbeiterschaft abzuwälzen. Sie fordert *Arbeit* und ein *menschenwürdiges Dasein* für alle. Weder Geldinflation noch -stabilisierung können dem Proletariat als Losung dienen, denn beide sind nur Enden desselben Knüppels. Gegen die Preissteigerungen, die mit Herannahen des Krieges einen immer zügelloseren Charakter annehmen werden, kann man nur unter der Losung der *gleitenden Lohnskala* kämpfen. Die Tarifverträge müssen eine dem Steigen der Verbrauchsgüterpreise entsprechende automatische Anhebung der Löhne gewährleisten.

Bei Strafe seiner eigenen Zersetzung darf das Proletariat nicht dulden, dass ein wachsender Teil der Arbeiter zu Dauerarbeitslosen, zu Elenden gemacht wird, die von den Abfällen einer sich zersetzenden Gesellschaft leben. Das *Recht auf Arbeit* ist das einzige ernsthafte Recht, das dem Arbeiter in einer auf Ausbeutung begründeten Gesellschaft bleibt. Dieses Recht wird ihm jedoch heute auf Schritt und Tritt entzogen. Es ist an der Zeit, gegen die „strukturelle“ wie auch „konjunkturbedingte“ Arbeitslosigkeit neben der Forderung nach öffentlichen Arbeiten die Losung der *gleitenden Skala der Arbeitszeit* auszugeben. Die Gewerkschaften und andere Massenorganisationen müssen Arbeitende und Arbeitslose in gegenseitiger Bürgerschaft und Solidarität vereinen. Die verfügbare Arbeit

wird dann unter allen vorhandenen Arbeitskräften aufgeteilt, und damit wird die Dauer der Arbeitswoche bestimmt. Jeder Arbeiter erhält denselben Durchschnittsverdienst wie bei der bisherigen Arbeitswoche. Der Lohn, mit einem fest garantierten *Minimum*, folgt der Bewegung der Preise. Ein anderes Programm ist bei den heutigen katastrophalen Zeiten nicht annehmbar.

Die Besitzenden und ihre Anwälte werden die Unmöglichkeit darlegen, diese Forderungen zu verwirklichen. Kleinere, insbesondere ruinierte Kapitalisten werden dabei auf ihre Geschäftsbücher verweisen. Die Arbeiter weisen diese Einwände und Bezugnahmen unterschiedslos ab. Es handelt sich nicht um den „normalen“ Zusammenstoß gegensätzlicher materieller Interessen, sondern vielmehr darum, das Proletariat vor Zersetzung, Hoffnungslosigkeit und Verderben zu bewahren. Es geht um Leben und Tod der einzig schöpferischen und fortschrittlichen Klasse und damit um die Zukunft der Menschheit. Kann der Kapitalismus die Ansprüche nicht befriedigen, die sich unvermeidlich aus den von ihm erzeugten Übeln ergeben, dann mag er zugrunde gehen. Ob jene Forderungen „realistisch“ oder „unrealistisch“ sind, ist hierbei eine Frage des Kräfteverhältnisses und kann nur durch den Kampf entschieden werden. Durch diesen Kampf, welche unmittelbaren praktischen Erfolge er auch erzielen mag, werden sich die Arbeiter am besten von der Notwendigkeit überzeugen, die kapitalistische Sklaverei zu beseitigen.

– Leo Trotzki, *Der Todeskampf des Kapitalismus und die Aufgaben der Vierten Internationale* (1938)

SPARTAKIST

herausgegeben vom Zentralkomitee der
SPARTAKIST-ARBEITERPARTEI DEUTSCHLANDS
Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

Redaktion: Herbert Adler, Jana Gerrard, Barbara Köhler,
Renate Müller, Steffen Singer (verantwortlicher Redakteur),
Oliver Wegenstein (Produktionsleiter)
Vertriebsleiterin: Renate Müller

Erscheint im Verlag Avantgarde GmbH,
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
E-Mail: spartakist@online.de
Redaktion Spartakist: Tel. (0 30) 4 43 94 01

Korrespondenz über die Verlagsanschrift.
Signierte Artikel entsprechen nicht unbedingt der Auffassung der
Redaktion.

Presserechtlich verantwortlich: S. Schaller, 10249 Berlin
Jahresabonnement € 4,- an Verlag Avantgarde
Konto 119 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF
Gedruckt in einem gewerkschaftlich organisierten Betrieb

Druck: Druckerei Bunter Hund, Berlin
ISSN 0173-7430

Redaktionsschluss dieser Ausgabe: 25. April 2010

Nr. 183

Mai 2010

Internationale Kommunistische Liga (Vierte Internationalisten)

International Communist League
PO Box 7429, New York, NY 10116, USA
www.icl-fi.org

KONTAKTADRESSEN

Berlin: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
Telefon: (0 30) 4 43 94 00

Hamburg: SpAD, c/o Verlag Avantgarde
Postfach 11 02 31, 20402 Hamburg
Telefon: (0 40) 32 36 44

E-Mail: spartakist@online.de

Dieser Ausgabe des *Spartakist* wird im Postvertrieb
ein Extrablatt vom Mai 2010 beigelegt.

US-Gräueltaten in Irak und Afghanistan: Imperialistische Routine

Der nachfolgende Artikel ist übersetzt aus Workers Vanguard Nr. 957, 23. April, Zeitung der Spartacist League/U.S.

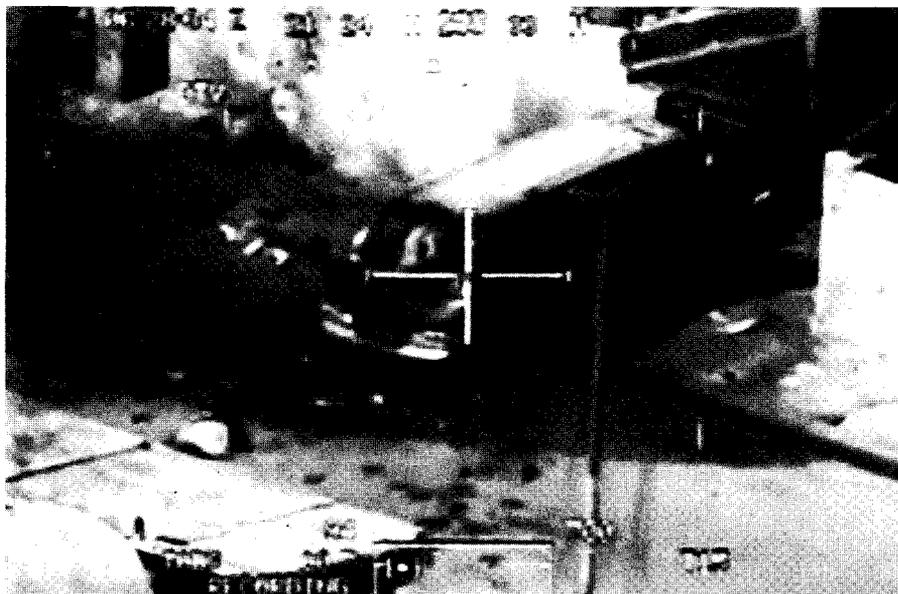
Das vor kurzem veröffentlichte Video aus dem Jahr 2007, auf dem ein US-Apache-Helikopter auf irakische Zivilisten schießt, enthüllt auf anschauliche Weise die Standardvorgehensweise der imperialistischen Besatzer im Irak und auch in Afghanistan. Laut WikiLeaks, wo das Video vergangenen Monat veröffentlicht wurde, stammt das Material von Informanten im Militär.

Die Helikopterpiloten eröffneten, nachdem sie von ihren Kommandanten die Genehmigung bekommen hatten, das Feuer auf die unbewaffnete Gruppe in Bagdad und töteten die meisten. Einer der Piloten prahlte: „Schau dir die toten Bastarde an.“ Worauf der andere antwortete: „Hübsch.“ Als ein verwundeter Reuters-Kameramann auf allen Vieren dem Gemetzel zu entkommen versuchte, hielt ein Kleinbus mit Zivilisten an, um ihm zu helfen. Die Piloten holten die Erlaubnis ein, diesen Bus unter Beschuss zu nehmen, und töteten dann den Kameramann und andere Insassen und verwundeten zwei Kinder auf dem Vordersitz. Als US-Bodentruppen dazukamen und von den verwundeten Kindern berichteten, sagte einer der Piloten zum anderen: „Warum müssen sie auch ihre Kinder mit aufs Schlachtfeld nehmen.“ An diesem Tag wurden zwölf Menschen, darunter zwei Reuters-Mitarbeiter, getötet.

Als Verteidigungsminister Robert Gates über das Video befragt wurde, verteidigte er das Vorgehen der Piloten und entschuldigte es als Folge „der Kriegswirren“, worauf er hinzufügte: „Wir haben die Sache sehr gründlich untersucht.“ Tatsächlich ist dieses Video nur die Spitze des überaus grausigen Eisbergs. Es liegt im Wesen von imperialistischer Besetzung und Aufstandsbekämpfung, dass jeder im besetzten Land „der Feind“ ist.

Massenabschlachtung von Zivilisten durch die US-Streitkräfte gehörte bei ihren imperialistischen Kriegen und Besetzungen von jeher dazu. Massenverhaftungen und Internierung in Folterzentren wie Abu Ghraib und Bagram gehören ebenfalls zum Arsenal an „Aufstandsbekämpfung“-techniken der „demokratischen“ Imperialisten. Wie jeder leicht an Obamas Truppenaufstockung in Afghanistan wie auch an den tödlichen Drohnenangriffen in Pakistan sehen kann, ist dies unter beiden Parteien der Kapitalisten – Demokraten wie Republikanern – der Fall. **Für den sofortigen, bedingungslosen Abzug aller US- und alliierten Truppen aus Afghanistan und Irak! Hände weg von Pakistan und Iran!**

Mit dem Irak haben die USA eines der vorher eher fortgeschrittenen Länder des Nahen Ostens zerstört. Schätzungen zufolge wurden im Irak seit Beginn der US-Invasion von 2003 über 1,2 Millionen Menschen getötet, zusätzlich zu den etwa 1,5 Millionen, die in dem Jahrzehnt davor infolge von UN-Hungersanktionen umkamen. Indessen geht die Besetzung Afghanistans, die von der Obama-Regierung ausgeweitet wurde, einher mit tagtäglich Gräueltaten der US/NATO-Truppen gegen die Bevölkerung des Landes.



Besatzungsmitglied eines US-Kampfhubschraubers prahlt: „Genau in die Windschutzscheibe! Ha, ha!“ Aus einem durchgesickerten Video über ein Massaker an Zivilisten in Bagdad 2007

WikiLeaks

Im Februar töteten US-Sondereinsatztruppen bei einer Razzia in Ostafghanistan zwei schwangere Frauen und eine Jugendliche, ebenso wie zwei afghanische Regierungsbeamte. Ein anfänglicher Vertuschungsversuch des US-Militärs, das behauptete, die Frauen seien durch zuvor zugefügte Messerstichwunden getötet worden, verpuffte, als Jerome Starkey von der Londoner *Times* enthüllte, was passiert war. Starkey berichtete in der *Times* (13. März): „In einer Erklärung nach der Razzia mit dem Titel ‚In Gardez operierender Kampfverband macht grauenhafte Entdeckung‘ behauptet die NATO, der Kampfverband habe die Leichen der Frauen ‚gefesselt, geknebelt und bereits getötet‘ in einem Raum vorgefunden.“ Später gab das von den USA angeführte militärische Oberkommando in Kabul zu, dass tatsächlich seine eigenen Streitkräfte die Frauen und alle anderen getötet hatten. In einem späteren Artikel berichtet Starkey (5. April): „Afghanische Ermittler erzählten der *Times*, dass Soldaten der US-Sondereinsatztruppen nach einer verpuschten nächtlichen Razzia die Kugeln aus den Leichen ihrer Opfer entfernten und dann die Wunden mit Alkohol reinigten, bevor sie ihre Vorgesetzten über das Geschehene belogen.“ Die Familie hatte in der Nacht des Angriffs etwa 25 Gäste und Musiker zur Feier der Namensgebung eines Neugeborenen im Haus.

Die USA haben an den Völkern Afghanistans und des Irak nicht nur ungeheure Gräueltaten verübt, sie sind auch auf erheblichen Widerstand gestoßen. Wir sind uns bewusst, dass die sunnitischen und schiitischen Stammeskrieger im Irak oder die islamistischen Fanatiker der Taliban in Afghanistan, die gegenwärtig gegen die US-Besatzer und ihre Lakaien kämpfen, tödliche Feinde jeder wirklichen nationalen und sozialen Befreiung sind. Dennoch, wenn diese Aufständischen ihre Schläge gegen die US-Streitkräfte und deren Marionetten richten, sind diese Aktionen im Interesse des internationalen Proletariats. Jeder Sieg für die Imperialisten

Massaker in Kundus

Bundeswehr/US/NATO raus aus Afghanistan!

In einer Pressemitteilung vom 19. April teilte die Bundesanwaltschaft mit, dass sie ihr Ermittlungsverfahren gegen Oberst Klein und Hauptfeldwebel Wilhelm einstellt. Klein hatte am 4. September 2009 einen Luftangriff angeordnet, bei dem bis zu 142 Menschen, darunter viele Zivilisten, getötet wurden. Dies war ein Massaker, wie es typisch für Kolonialkriege ist. Durch Videoübertragung aus den angeforderten F15-Kampfflugzeugen wusste der Bundeswehrkommandeur, dass sich viele Menschen um die zuvor entführten und dann in einem Flussbett in der Nähe eines Dorfes liegende zwei Tanklaster versammelt hatten. Angeblich wurde er von einem afghanischen Informanten falsch informiert, dass es sich „nur“ um Talibankämpfer handeln würde. Mit dieser Entscheidung hat die bürgerliche Justiz ihren Segen für weitere solche blutigen Massaker durch die deutsche imperialistische Armee gegeben. Als Marxisten verstehen wir, was der kapitalistische Staat ist: ein Instrument der herrschenden Kapitalistenklasse zur Durchsetzung ihrer Interessen gegenüber der eigenen Arbeiterklasse, gegenüber den mit ihr konkurrierenden Kapitalistenklassen anderer Länder sowie zur Niederhaltung der von ihr ausgebeuteten und unterdrückten neokolonialen Völker. Und genau letzterem dient der Bundeswehreininsatz in Afghanistan. Wie wir in *Spartakist* Nr. 180, November 2009, über unsere Position schrieben:

„Unser Ausgangspunkt ist proletarische Klassenopposition gegen die kapitalistischen Herrscher, egal ob hier oder in den USA, und gegen das imperialistische System



AFP

Trümmer in Kundus. Beim Massaker starben mehr als 142 Menschen. Die Bombardierung wurde vom militärischen Leiter des deutschen „Provinz-Wiederaufbau-Teams“, Oberst Georg Klein, angeordnet. Afghanistan ist Einsatzort für blutigen Kolonialkrieg des deutschen Imperialismus, dessen Bundeswehr seit 1999 auch im Balkan Besatzungsmacht ist

als Ganzes. Im Vorfeld der Invasion in Afghanistan 2001 und im Irak 2003 riefen wir zur militärischen Verteidigung dieser Länder auf, ohne den reaktionären, Frauenhassenden Taliban-Mörderbanden oder der kapitalistischen Diktatur Saddam Husseins irgendwelche politische Unterstützung zu geben. Heute treten wir für die militärische Verteidigung dieser Kräfte ein, insofern sie ihre Schläge gegen die imperialistischen Besatzer richten, und geben ihnen dabei nicht die geringste politische Unterstützung. *Alle US-Truppen raus aus Irak und Afghanistan, sofort! Hände weg von Pakistan! Bundeswehr raus aus Afghanistan und dem Balkan!*“

spornt diese zu weiteren räuberischen Kriegen an; jeder Rückschlag hilft den Kämpfen der Werktätigen und Unterdrückten weltweit.

Die Gräueltaten, die sich heute in Afghanistan und im Irak abspielen, sind der zeitgemäße Ausdruck der Alternative, die sich seit dem Anbruch der imperialistischen Epoche stellt: Sozialismus oder Barbarei. Wie wir in „U.S. Imperialism's Torture, Inc.“ [Das Foltergeschäft des US-Imperialismus] (*WV* Nr. 826, 14. Mai 2004) bemerkten:

„Die kapitalistische Gesellschaft kam blutbefleckt zur Welt; der moderne Imperialismus setzt die brutalen Praktiken von Massenmord, Folter und Erniedrigung fort, die die Ausbeutung der Arbeitskraft und den fortwährenden Kampf zwischen konkurrierenden imperialistischen Mächten um die Weltherrschaft begleiten. Der Imperialismus schuf eine Welt, die von ständigen Gräueltaten erschüttert wird: von den Schlachtfeldern König Leopolds in Belgisch-Kongo und den Massakern durch US-Truppen auf den Philippinen in den Anfangstagen

US-imperialistischer Expansion über die ersten Konzentrationslager, die die Spanier auf Kuba und kurz darauf die Briten im Burenkrieg in Südafrika errichteten, bis zu den japanischen imperialistischen Gräueltaten in China und dem Holocaust Nazi-Deutschlands.“

Erst wenn das System des Kapitalismus international durch siegreiche Arbeiterrevolutionen von Grund auf zerstört sein wird, wird die Menschheit vor solchen Gräueltaten Ruhe haben. Unser Vorbild ist die bolschewistische Revolution von 1917, die den Kapitalismus auf einem Sechstel des Erdballs stürzte und zum Leuchtfeuer für die Kämpfe der Arbeiter in den fortgeschrittenen imperialistischen Ländern und der Werktätigen in der kolonialen und neokolonialen Welt wurde. Der Kampf zur Zerschlagung des US-Imperialismus, der gefährlichsten reaktionären Kraft des Planeten, erfordert den Aufbau einer revolutionären Arbeiterpartei, die von allen kapitalistischen Parteien unabhängig ist und sich der Errichtung der Klassenherrschaft der Arbeiterklasse verschrieben hat. ■

Vanunu erteilt Kriegs-Nobelpreis eine Abfuhr

Die Internationale Kommunistische Liga hat den ehemaligen israelischen Atomtechniker Mordechai Vanunu von Anfang an geehrt und ihn verteidigt. 1986 enthüllte Vanunu der gesamten Welt, dass die israelischen zionistischen Herrscher genug Atomwaffen und Trägersysteme produziert hatten, um nicht nur jede arabische Hauptstadt einzuäschern, sondern auch größere Städte in der Sowjetunion zu bombardieren. Für seinen Dienst an der Menschheit wurde er von israelischen Mossad-Agenten in Italien entführt, nach Israel zurückgebracht, vor ein geheimes Militärgericht gestellt und dann 18 Jahre lang im Gefängnis weggesperrt – davon 12 Jahre in Einzelhaft.

Vanunus Familie war ursprünglich aus Marrakesch, Marokko, nach Israel immigriert. Sie wurde dazu gezwungen, in der Siedlungsstadt Beersheba zu leben. Vanunu begann sein politisches Leben als Student an der Ben-Gurion-Universität, wo er für die Rechte der Palästinenser kämpfte. Vanunu hat jetzt dem hochgeachteten Friedensnobelpreis der Bourgeoisie, für den er vorgeschlagen wurde, die heuchlerische Maske vom Gesicht gerissen. Am 24. Februar gab der Direktor des norwegischen Nobelinstituts, Geir Lundestad, bekannt, dass Vanunu nun schon das zweite Jahr in Folge Briefe geschrieben habe, „in denen er ausdrücklich erklärte, er wolle kein Kandidat für den Friedensnobelpreis sein. Seine Begründung dafür war, dass Simon [sic] Peres den Friedensnobelpreis erhalten habe und dass Peres, wie er behauptete, der Vater der israelischen Atombombe sei, und er wolle mit Peres keinesfalls in einem Atemzug genannt werden.“ In einem dieser Briefe schrieb Vanunu: „Peres war derjenige, der meine Entführung in Italien angeordnet hat.“

Schimon Peres, dessen Vaterschaft am israelischen Atomwaffenarsenal in seiner 2007 erschienenen autorisierten Biografie von Michael Bar-Zohar gut dokumentiert ist, teilte sich 1994 den „Friedens“preis mit dem anderen Führer der Arbeitspartei, Jizchak Rabin, und mit dem Führer der Palästinensischen Befreiungsorganisation Jassir Arafat für ihre Rolle beim Aushandeln des Osloer Abkommens von 1993. Dieser von den Imperialisten gemakelte Vertrag wurde als Grundstein zur Errichtung eines palästinensischen „Ministaates“ in einem Teil der 1967 von Israel besetzten Gebiete dargestellt. In Wirklichkeit hat er nur zu noch größerer Unterdrückung, Verarmung, Terrorisierung und Demütigung der Palästinenser geführt. Peres selbst, ein früher Verfechter israelischer Siedlungen in der Westbank, hat das Blut zahlloser Palästinenser an seinen Händen. Er war zweimal israelischer Premierminister und befahl in seiner zweiten Amtszeit 1996 den Angriff auf ein UN-Flüchtlingslager nahe dem südlibanesischen Dorf Kana, wo über 100 Zivilisten abgeschlachtet wurden.

Vanunu ist der erste Kandidat, der fordert, seinen Namen von der Vorschlagsliste zu streichen. Allerdings hat sich 1973 auch Le Duc Tho, Berater der Delegation Nordvietnams bei den Pariser Friedensverhandlungen 1968–73, geweigert, den „Friedens“preis anzunehmen. Er war ihm gemeinsam mit Henry Kissinger, dem Nationalen Sicherheitsberater der US-Imperialisten, an deren Händen das Blut von mehr als drei Millionen Vietnamesen klebt, zugesprochen worden. 1975 leitete Le Duc Tho die nordvietnamesische Offensive, die die südvietnamesische Regierung stürzte, mit an. Was Vanunu betrifft, so lehnte es Lundstad ab, seinen Namen von der Kandidatenliste zu streichen, machte aber deutlich, dass Vanunu nur wenig Aussicht hätte zu gewinnen. Kein Wunder, denn der Preis ist ein Paradebeispiel von „Krieg-ist-Frieden“-Neusprech à la Orwell.

Unter den Friedenspreisträgern waren Leute wie Elihu Root, US-Kriegsminister während des Spanisch-Amerikanischen Krieges, in dem die USA Kuba und Puerto Rico kolo-



Reuters

Vanunu 1985 bei Demo für Rechte der Palästinenser

nierten und dann die Philippinen besetzten, wobei sie bis zu einer Million Menschen abschlachten; Charles Dawes, der Kopf hinter den Reparationen der Sieger, die nach dem Ersten Weltkrieg ihren imperialistischen Rivalen Deutschland ausbluteten; der Präsident der Columbia-Universität Nicholas Murray Butler, ein früher Unterstützer des italienischen Faschisten Benito Mussolini und von Hitlers Nazis; der Generalsekretär der Vereinten Nationen Dag Hammarskjöld, der in die Ermordung des kongolesischen Nationalisten Patrice Lumumba verwickelt war; Menachem Begin, einst Anführer der zionistischen Terroristengruppe Irgun, die in den 1940er-Jahren blutige Massaker und Massenvertreibungen von Palästinensern durchführte; und US-Präsident Jimmy Carter, der mit Aufrufen zu „ethnischer Reinheit“ ins Amt gelangte und die Unterstützung und Bewaffnung der reaktionären, frauenhassenden afghanischen Mudschaheddin durch den US-Imperialismus in ihrem Krieg gegen die von der Sowjetunion gestützte afghanische Regierung ins Werk setzte.

Jüngster Preisträger ist US-Oberbefehlshaber Barack Obama, der dafür ausgezeichnet worden zu sein scheint, nicht George W. Bush zu sein, obgleich sich seine Dankesrede nur wenig von einem Bush-Vortrag unterschied, außer durch ihre Raffiniertheit. Obama beschwor die Tugenden eines „gerechten Krieges“ – um eine barbarische Besetzung zu verteidigen, die den Tod Abertausender Afghanen und das Luftbombardement von Dörfern zur Folge hatte. Er benutzte die Gelegenheit auch, um gegenüber dem kapitalistischen Iran und dem nordkoreanischen deformierten Arbeiterstaat mit dem Säbel zu rasseln, weil diese Staaten trotz imperialistischer Drohungen und Sanktionen daran arbeiten, Atommacht zu werden.

Vanunu ist es seit seiner Entlassung aus den israelischen Kerkern 2004 untersagt, das Land zu verlassen, mit Nicht-Israelis zu sprechen, sich in der Nähe von Flughäfen aufzuhalten, und er wird rund um die Uhr überwacht. Vergangenen Dezember wurde er unter Hausarrest gestellt, nachdem er sich in einem Jerusalemer Hotel mit einer Norwegerin getroffen hatte (siehe *Workers Vanguard* Nr. 950, 15. Januar). Wie Vanunu kürzlich einem norwegischen Journalisten schrieb: „Was ich jetzt will, jetzt brauche, ist Freiheit, einen Reisepass, nicht irgendwelche Auszeichnungen.“ Hände weg von Mordechai Vanunu! Lasst ihn aus Israel ausreisen!

Nach *Workers Vanguard* Nr. 955, 26. März

Basteln am Finanzsystem kann Wirtschaftskrise nicht stoppen

Marx kontra Keynes

Die sich vertiefende Wirtschaftskrise brachte den Verlust von Arbeitsplätzen, Häusern und Ersparnissen für Millionen arbeitende Menschen mit sich. Sie hat auch den kompletten Trugschluss der bürgerlichen Doktrin namens Monetarismus aufgezeigt, wonach wirtschaftliche Krisen durch ein Anpassen der Geldmenge im Bankensystem sowie des Zinssatzes minimiert, wenn nicht gar verhindert werden können. Monetarismus war das Evangelium für bürgerliche Ökonomen in dem rechten Klima, das durch den Aufstieg von Ronald Reagan in den USA und Margaret Thatcher in Britannien in den 80er-Jahren symbolisiert wurde. Die konterrevolutionäre Zerstörung der Sowjetunion 1991/92 und das damit einhergehende Triumphgeschrei über den „Tod des Kommunismus“ in den westlichen imperialistischen Ländern, vor allem in den USA, blies mehr Wind in die Segel der Monetarismus-Ideologen des „freien Marktes“.

Heute, wo der monetaristische Mythos in Scherben liegt, haben bürgerliche Ökonomen sich beeilt, die Ideen von John Maynard Keynes anzunehmen – des britischen Ökonomen, der während der Weltwirtschaftskrise der 1930er-Jahre die Ansicht vertrat, dass kapitalistische Wirtschaftskrisen durch Defizit-Ausgaben seitens der Regierung überwunden wer-

Von Joseph Seymour

den könnten. Das ist die Idee, die hinter den diversen „Aufschwung“-Paketen internationaler Regierungen steht, die durch Neuverschuldung finanziert werden und der Wirtschaft „Start-hilfe“ geben sollen. In Wirklichkeit scheitern Wirtschaftsrezepte à la Keynes genauso wie die monetaristischen an der zerstörerischen Irrationalität des kapitalistischen Systems, die von Karl Marx analysiert und erklärt wurde und die sich besonders in den Zyklen von Aufschwung und Krisen zeigt.

Der unten nachgedruckte Artikel wurde zuerst in Workers Vanguard Nr. 64 vom 15. März 1975 veröffentlicht und bietet eine marxistische Kritik der Wirtschaftstheorie von Keynes.

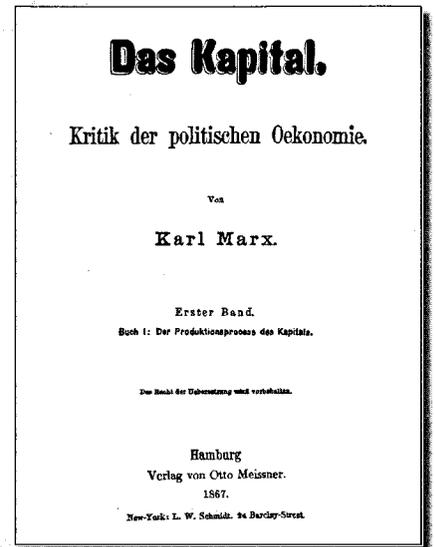
Die gegenwärtige extrem scharfe Wirtschaftskrise hat eine Welle von Pessimismus hervorgebracht, die sich von der Börse und dem Weißen Haus bis zu den akademischen Bastionen bürgerlicher Wirtschaftslehre erstreckt. Während Präsident Ford verspricht, dass die Arbeitslosenrate für weitere zwei Jahre nicht unter 8 Prozent fallen wird, erklärt der Vorsitzende der American Economic Association (Vereinigung von Wirtschaftswissenschaftlern), Robert A. Gordon: „Ich glaube nicht, dass wir eine Wirtschaftstheorie haben, die in der heutigen Welt von großer Hilfe ist“ (*Wall Street Journal*, 30. Dezember 1974).

Während der 60er-Jahre wurde die Wirtschaftspolitik der US-Regierung die meiste Zeit von Kennedy-ähnlichen Schlaumeiern bestimmt, die behaupteten, durch geschickte Manipulation finanzpolitischer „Hebel“ gleichzeitig die Preise unten halten und Investitionen stimulieren zu können.



Progress

In seinem bahnbrechenden Werk *Das Kapital* zeigt Karl Marx die grundlegende Irrationalität des Kapitalismus auf



Jetzt aber, mit dem Einsetzen einer zweistelligen Inflation und einem Abschwung von krisenhaftem Ausmaß, werden diese Behauptungen ganz schnell entlarvt.

Es war vorherzusehen, dass eine Weltwirtschaftskrise zum Zusammenbruch des Optimismus bezüglich keynesianischer Wirtschaftspolitik führen würde. Die antikeynesianische Rechte (die in der Ford-Administration gut vertreten durch Alan Greenspan, Anhänger von Ayn Rand [Philosophin des „Laissez-faire-Kapitalismus“], und den ehemaligen Wall-Street-Anleihenhändler William Simon) argumentiert schon seit Jahren, dass Haushaltsdefizite eine immer weiter steigende Inflation hervorbringen müssen, und fordert jetzt ihre eigene Rehabilitierung.

Selbst die keynesianischen Liberalen wirken nicht von sich selbst überzeugt und stellen fest, dass der „Kompromiss“ zwischen Inflation und Arbeitslosigkeit äußerst schmerzhaft geworden ist. So hat Sir John Hicks, einer der ursprünglichen Architekten der „keynesianischen Revolution“ vor kurzem ein Buch herausgebracht, das den bemerkenswerten Titel *The Crisis in Keynesian Economics* trägt. Und revisionistische Marxisten, die früher über die „relative Stabilität des Neokapitalismus“ schrieben, entstauben jetzt ihre Exemplare von *Das Kapital* und behaupten, dass seine ehrwürdigen Wahrheiten die kapitalistische Welt noch immer verfolgen.

Wir beobachten eine bemerkenswerte intellektuelle Annäherung, die von bürgerlichen Reaktionären (Milton Friedman) bis zu vorgeblichen Marxisten (Ernest Mandel) reicht und eine Reihe von Liberalen (John K. Galbraith, John Hicks, Abba Lerner) einschließt: Keynesianismus, der angeblich eine Generation lang „funktionierte“, wurde, so stimmen alle überein, jetzt durch eine noch nie da gewesene Inflation und die schlimmste Krise seit 1929 überwältigt. Diese These ist jedoch trotz ihrer breiten Akzeptanz falsch. Die keynesianische Finanzpolitik hat nie und konnte auch nie die zyklischen Überproduktionskrisen stoppen, die dem

kapitalistischen System innewohnen.

Ein großer weltweiter Abschwung, der so ausgeprägt ist wie der jetzige, war spätestens seit der letzten weltweiten Rezession von 1958 möglich. Dass dieser Abschwung nicht vor 1974 eintrat, liegt an besonderen Umständen und nicht an der Effektivität von keynesianischen Gegenmaßnahmen. Zum Beispiel hätten die USA 1967 eine Rezession gehabt, wenn es nicht die Ausweitung des Vietnamkriegs gegeben hätte. Im ersten Quartal 1967 fiel die Produktion tatsächlich und im gleichen Jahr gab es auch eine Rezession in Westdeutschland, damals die zweitgrößte kapitalistische Wirtschaft. Ohne die plötzliche Eskalation des Vietnamkriegs hätten diese Umstände unzweifelhaft eine Weltwirtschaftskrise ausgelöst, möglicherweise sogar eine sehr heftige. Nur ein idiotischer Objektivist kann diese historische Möglichkeit verneinen.

Die Tatsache, dass ein großer weltweiter Abschwung in den 20 Jahren vor 1974 nicht stattfand, ist nicht der Kreditinflation, einem stetig wachsenden Militärbudget, keynesianischer Stabilisierungspolitik oder irgendeiner anderen absichtsvollen Regierungspolitik geschuldet. Es gab keine fundamentale Veränderung in der Struktur des Nachkriegskapitalismus, die die verschiedenen Etiketten rechtfertigen könnte, die in liberalen und revisionistisch-marxistischen Theorien so populär sind, wie z. B. Neokapitalismus, die gemischte Ökonomie, die permanente Kriegswirtschaft usw.

Mythen der „keynesianischen Revolution“

Weder die Entwicklung noch die bloße Bekanntmachung der Strategie, dass kapitalistische Regierungen ihre Ausgaben in Zeiten eines Abschwungs erhöhen sollten, und zwar durch Schuldenaufnahme anstelle von Steuererhöhungen, sind Verdienste von John Maynard Keynes. Diese bürgerliche Reformmaßnahme hat eine lange und ansehnliche Geschichte, die mindestens in die 1890er-Jahre zurückreicht.

So steht im Minderheitsbericht der englischen Kommission für ein Armengesetz (1909): „Wir denken, dass die Regierung durch eine bewusste Ausrichtung ihrer kapitalartigen Tätigkeit viel tun kann, um den Gesamtbedarf an Arbeitskräften von einem Jahr zum anderen zu regulieren.“ Die Konferenz zur Arbeitslosigkeit unter US-Präsident Harding empfahl 1921 umfangreiche öffentliche Arbeiten während des Nachkriegsabschwungs – eine Empfehlung, die durch solch konservative Organisationen wie die US-Handelskammer unterstützt wurde.

Darüber hinaus wurde 1930 im US-Senat ein Gesetz (Nr. 3059) verabschiedet, das „fortgeschrittene Planung und regulierten Aufbau bestimmter öffentlicher Arbeiten für die Stabilisierung der Industrie und für die Verhinderung von Arbeitslosigkeit in Perioden geschäftlichen Abschwungs“ befürwortete. Dieses Prinzip wurde in das Gesetz zur Erholung der Industrie (1933) aufgenommen, ein halbes Jahrzehnt bevor die keynesische Wirtschaftslehre bekannt gemacht wurde.

Was ist dann also die Bedeutung von Keynesianismus – warum die ganze Aufregung? Während pragmatische Politiker erhöhte Staatsausgaben bereits befürworteten und teilweise auch umsetzten, hielt die orthodoxe bürgerliche Wirtschaftstheorie (besonders in englischsprachigen Ländern) immer noch daran fest, dass Abschwünge sich durch ein Fallen der Zinssätze leicht selbst korrigieren. Den Lehrbüchern zufolge sollte die Regierungspolitik darauf ausgerichtet sein, Bankenreserven auszuweiten und einen ausgeglichenen Haushalt zu erreichen.

Keynes lieferte nun – im Rahmen der bürgerlichen Wirtschaftsdoktrin – eine theoretische Rechtfertigung für die Staatsverschuldung, die in den 1930er-Jahren ebenso wie in früheren Abschwungphasen von den meisten kapitalisti-



Alfred Eisenstaedt

John Maynard Keynes (rechts) mit US-Finanzminister Henry Morgenthau Jr. auf Konferenz von Bretton Woods 1944

schen Regierungen praktiziert wurde. Die „keynesianische Revolution“ war eine Revolution in universitären Wirtschaftsfakultäten, in den Lehrbüchern, aber nicht in der tatsächlichen Regierungspolitik.

In der Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg behaupteten kapitalistische Politiker, dass die relative wirtschaftliche Stabilität der effektiven Nutzung keynesianischer Stabilisierungsmaßnahmen geschuldet sei. Diese Behauptung – dass kapitalistische Regierungen die Wirtschaft im Interesse „des Volkes“ kontrollieren können und auch tatsächlich kontrollieren – ist teils bürgerliche Propaganda und teils falsches bürgerliches Bewusstsein.

Die Ansicht, dass das Ausmaß der Staatsausgaben seit dem Zweiten Weltkrieg gewaltig gestiegen sei, ist so weit verbreitet, dass sie von fast allen politischen Strömungen, einschließlich bürgerlicher Reaktion, keynesianischem Liberalismus, sozialdemokratischem und stalinistischem Reformismus und revisionistischem „Marxismus“ à la Mandel, als Selbstverständlichkeit hingenommen wird. In Wirklichkeit ist die angebliche erweiterte Funktion von Staatsausgaben der größte aller Mythen der „keynesianischen Revolution“.

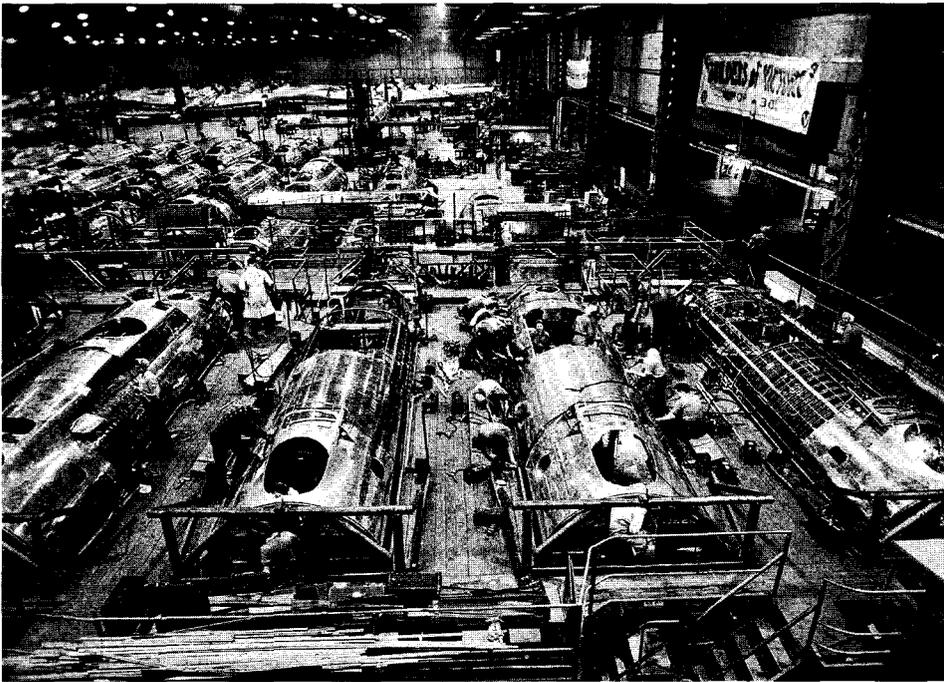
Mit ein paar Statistiken, die Staatsausgaben als Prozentsatz des Bruttoinlandprodukts der großen kapitalistischen Mächte während der Zwischenkriegsperiode (1920–39) und während des Jahrzehnts von 1961–1970 angeben, kann dieser Mythos leicht widerlegt werden:

Land	1921–1939	1961–1970
Frankreich	14 %	13 %
Deutschland ¹	18 %	16 %
Großbritannien ²	21 %	19 %
Japan	10 %	8 %
USA	11 %	20 %

Quellen: OECD, *National Accounts, 1961–1972*; U.S. Department of Commerce, *Long-Term Economic Growth, 1860–1970*; Mitchell, *Abstract of British Historical Statistics*; Stolper, *The German Economy, 1870–1940*; Maddison, *Economic Growth in the West*; Ohkawa und Rosovsky, *Japanese Economic Growth*.

¹Deutsche Zwischenkriegszahlen nur für den Zeitraum 1925–39.

²Britische Zahlen beruhen auf dem nationalen Produkt ohne Abschreibungen, wodurch sie im Vergleich zu den anderen Ländern leicht erhöht erscheinen.



Office of War Information

US-Fabrik für Kampfflugzeuge im Zweiten Weltkrieg. Die Kriegsproduktion, nicht Roosevelts New Deal, riss die USA aus der Weltwirtschaftskrise

Diese wenigen Zahlen zerstören komplett die Annahme einer „keynesianischen Revolution“, die großartige strukturelle Veränderungen im kapitalistischen System nach dem Zweiten Weltkrieg gebracht haben soll. Nur in den Vereinigten Staaten gab es einen signifikanten Anstieg von Staatsausgaben. In allen anderen großen kapitalistischen Ländern *verringerte* sich der Anteil des Staatshaushalts an der Wirtschaft etwas. Und die erweiterte Rolle des Staatshaushalts in den USA erklärt sich vollständig durch die gewaltig erhöhten Militärausgaben, als der amerikanische Imperialismus in der Nachkriegsperiode zum Weltgendarm aufstieg.

Darüber hinaus *verringerte* sich der relative Anteil der Militärausgaben in den USA seit dem Koreakrieg beständig, ausgenommen die Jahre des Vietnamkriegs. 1954 (nach dem Ende des Koreakriegs) betrug das Militärbudget 11 Prozent des US-Bruttoinlandproduktes (BIP); bis 1965 (vor der Vietnam-Mobilisierung) fiel diese Zahl auf 7 Prozent; und 1973 betrug die Militärausgaben nur noch 6 Prozent des BIP (*Economic Report of the President* [Wirtschaftsbericht des Präsidenten]). So viel zur Theorie der „permanenten Kriegswirtschaft“!

Marxismus kontra Keynesianismus

Bevor wir den Keynesianismus einer marxistischen Kritik unterziehen, ist es notwendig, seine Behauptungen genauer zu beleuchten. Die orthodoxe bürgerliche Wirtschaftslehre vor Keynes besagte, dass ein Absinken des Investitionsvolumens, das einem Abschwung vorausgeht, auch Geldkapital freisetzen würde, welches wiederum in den Kreditmarkt fließen und somit die Zinssätze nach unten treiben würde. Diese Zinssenkung würde dann Investitionen bis zu dem Punkt stimulieren, wo eine volle Ausnutzung der Ressourcen wiederhergestellt wäre. Alles, was eine Regierung tun müsse, wäre sicherzustellen, dass die Krise nicht das Bankensystem desorganisiert, d.h. dass die Mechanismen der Kreditausweitung handlungsfähig bleiben.

Keynes akzeptierte die Theorie, dass bei einem Abschwung eine ausreichende Absenkung der Zinssätze das Investitionsniveau in vollem Umfang wiederherstellen würde. Sein Hauptwerk *Allgemeine Theorie der Beschäftigung, des Zinses und des Geldes* ist ein Versuch zu erklären, warum es zu solch einem ausreichenden Fallen der Zinssätze nicht

kommt. Keynes behauptete, dass Rentiers [Leute, deren Einkommen aus Kapitalzinsen besteht] eine Vorstellung von einem normalen Zinssatz haben. Wenn der aktuelle Zinssatz aber weit unter dieses Niveau fällt, erwarten Geldgeber, dass dieser wieder steigt und dadurch bei Anleihen mit niedrigerem Zinssatz ein Kapitalverlust entsteht. Ganz allgemein behauptet der Keynesianismus, dass bei einem außerordentlich niedrigen Zinssatz (auch „Liquiditätsfalle“ genannt) Geldgeber in Erwartung zukünftig höherer Zinssätze Geld horten werden. Dies ist nicht so sehr eine erklärende Theorie, sondern eher eine Beschreibung des finanziellen Aspekts einer Krise oder eines Abschwungs.

Von diesen Voraussetzungen ausgehend argumentierte Keynes, dass bei einem Abschwung Regierungsmaßnahmen zur Ausweitung der Geld- und Kreditmenge ineffektiv seien und lediglich mehr Geldvorräte und/oder überschüssige Bankreserven hervorbringen würden. Deshalb argumen-

tierte er, dass unzureichende Kapitalinvestitionen durch erhöhte Staatsausgaben wettgemacht werden sollten. Das war im Wesentlichen die „keynesianische Revolution“.

Um den Unterschied zwischen der marxistischen und der bürgerlichen (einschließlich der keynesschen) Analyse von Wirtschaftszyklen zu verstehen, ist es notwendig, die grundverschiedene Auffassung über die Rolle des Zinssatzes zu betrachten. In der bürgerlichen Wirtschaftslehre ist das Niveau der Investition durch die Differenz zwischen der Profitrate bei den physischen Produktionsmitteln und dem Zinssatz für geborgtes Geldkapital bestimmt. Solange der Zinssatz deutlich unter der Profitrate liegt, werden Unternehmer voraussichtlich borgen und investieren, bis sich diese Lücke schließt. Eine historische Tendenz des Falls der Profitrate, die von vielen bürgerlichen Ökonomen (einschließlich Keynes) gesehen wird, gilt ihnen nicht als wesentliches Hindernis für die Ausweitung der Produktion. Solange der Zinssatz ausreichend niedrig ist, sind angeblich Investitionen in vollem Umfang gesichert.

Im Kontrast dazu ist für Marx das Investitionsniveau bestimmt durch die Profitrate aus den Produktionsmitteln in Privatbesitz. Der Zinssatz ist Teil von und bestimmt durch die Profitrate aus den realen Produktionsmitteln. Während eines Abschwungs bleibt leihbares Kapital trotz ungewöhnlich niedriger Zinssätze ungenutzt. Marx bezeichnete das als die „Phase des industriellen Zyklus unmittelbar nach überstandener Krisis, wo Leihkapital massenhaft brachliegt“ (*Das Kapital*, Band III, 30. Kapitel, S. 502).

Die Stichhaltigkeit der marxistischen Position zeigte sich Ende der 1930er-Jahre, als die überschüssigen Bankreserven (ein Zeichen für die Differenz zwischen gesetzlich erlaubter Leihkapazität und tatsächlichen Darlehen) trotz der ungewöhnlich niedrigen Zinssätze das höchste Niveau in der US-Geschichte erreichten. Genau dasselbe Phänomen tritt in der jetzigen Flaute auf. Während Bankguthaben in den USA sich jährlich nur um 0,6 Prozent verringern, gehen Bankkredite deutlich zurück, obwohl die fallenden Zinssätze jetzt niedriger sind als die Inflationsrate (*International Herald Tribune*, 15./16. Februar 1975). Die Expansion und Kontraktion der Kredite sind ein passives *Ergebnis* und nicht die Ursache von Veränderungen in der Produktion.

Hinter den analytischen Differenzen zwischen bürgerlichen und marxistischen Ökonomen über die Rolle von Kredit und Zins steht das Konzept der Klasse. In der bürgerlichen Wirtschaftslehre gibt es keine Kapitalistenklasse. Stattdessen borgen individuelle nicht-kapitalistische Unternehmer von genauso atomisierten Rentiers und nutzen das Geld zur Gründung produktiver Unternehmen. Unternehmer und Rentiers sind einzig durch den Zinssatz miteinander verbunden.

Dem Marxismus zufolge ist jedoch die Kapitalistenklasse eine bestimmte, konkrete Gruppe: diejenigen, die Produktionsmittel (einschließlich Leihkapital) besitzen und ein Monopol darüber haben. Die Kapitalistenklasse ist durch unzählige persönliche, familiäre und organisatorische Bande verknüpft; der atomisierte nicht-kapitalistische Unternehmer – die zentrale Figur der bürgerlichen Wirtschaftstheorie – ist eine Fiktion. Wie viel jemand borgen kann, ist streng beschränkt durch seinen Besitz an Kapitalvermögen, welches als Sicherheit für Darlehen verlangt wird. Unter dem Kapitalismus ist Kredit in Wirklichkeit immer rationiert, und zwar auf der Grundlage von spezifischen Monopolkomplexen, zu denen Finanz-, Industrie- und Handelskapitalisten gehören. Das klarste Beispiel dafür ist das japanische Zaibatsu-System, allerdings kommt dasselbe Phänomen in der gesamten kapitalistischen Welt vor.

Vom marxistischen Standpunkt ist der fundamentale Trugschluss der keynesschen Wirtschaftslehre die Behauptung, dass die Profitrate und damit auch das Niveau privater Investitionen durch die Ausweitung des staatlichen Sektors nicht verändert werden. Ob durch Kreditaufnahme oder Steuereinkommen finanziert, sind Staatsausgaben allgemeine Unkosten des kapitalistischen Systems – ein Teil des gesamten aufgewandten und ersetzten gesellschaftlichen Kapitals, das in Marx' Gleichung für die Bestandteile des Warenprodukts als „konstantes Kapital“ bezeichnet wird. (Für eine ausführlichere Diskussion dieser Frage siehe auch „Myth of Neo-Capitalism“, *RCY Newsletter* Nr. 10, Januar/Februar 1972.)

Wenn man wie Marx davon ausgeht, dass der eine Teil des Kapitals, die Löhne der Produktionsarbeiter (das variable Kapital), auf dem Arbeitsmarkt bestimmt wird, dann muss eine Erhöhung der allgemeinen Unkosten (das konstante Kapital) den potenziellen Mehrwert und damit auch die Profitrate **reduzieren**. Ein ständig expandierender Staatssektor würde dazu tendieren, die Profitrate zu drücken und damit private kapitalistische Investitionen immer mehr zu hemmen.

Die Grenzen von Matticks „gemischtem Wirtschaftssystem“

Das 1969 veröffentlichte Buch *Marx und Keynes* (Europäische Verlagsanstalt, 1971) von Paul Mattick, das den trefenderen Untertitel *Die Grenzen des „gemischten Wirtschaftssystems“* trägt, akzeptiert die übliche revisionistische/reformistische/liberale Ansicht, dass Keynesianismus für eine gewisse historische Periode „Prosperität“ produzierte:

„Staatlich induzierte Produktion vermag sogar die Rate des Wirtschaftswachstums künstlich zu fördern. Eindruckvollere Bedingungen für ‚Prosperität‘ als unter der Herrschaft des *laissez-faire* entstehen... In jedem Fall zeigt die jüngste Wirtschaftsgeschichte eine ‚gedeihliche‘

Entwicklung des gemischten Wirtschaftssystems.“ Jedoch unternimmt Mattick zumindest einen ernsthaften Versuch, die inneren Widersprüche keynesianischer Wirtschaftspolitik herauszuarbeiten, und ist der Ansicht, dass erhöhte Staatsausgaben letztlich die kapitalistische Stabilität zerstören müssen:

„Wenn die nicht-profitable Produktion einmal ein institutionalisierter Teil der Wirtschaft ist, kommt ein *circulus*



Bettmann

Oben: Ein „Hooverville“ in Seattle, 1934. Diese Slums entstanden in den gesamten USA. Nach den ersten Jahren der Weltwirtschaftskrise gab es Aufschwung im Klassenkampf. Unten: Teamsters (Lastwagenfahrer) im trotzkistisch geführten Streik von Minneapolis 1934 drängen Streikbrecher und Polizei zurück



Minnesota Historical Society

vitosus in Gang. Staatlich induzierte Produktion begann, weil die private Kapitalakkumulation sich verringerte. Aber auf diese Weise reduziert sich die private Kapitalakkumulation noch mehr; die nicht-profitable Produktion wächst... Die Grenzen der privaten Kapitalproduktion sind somit schließlich die Grenzen der staatlich induzierten Produktion.“

Als orthodoxester der verschiedenen revisionistischen Theoretiker des Nachkriegskapitalismus (z. B. Mandel, Paul Sweezy, Michael Kidron) ist Mattick derjenige, der am widerwilligsten Zugeständnisse an die Behauptungen des Keynesianismus macht. Im Gegensatz zu Mandel und Sweezy hat Matticks Arbeit den Vorzug, zu erkennen, dass verstärkte Staatsausgaben die Profitrate aus privatem Kapital nach unten treiben und somit produktive Investitionen hemmen. Mattick wäre jedoch mehr im Einklang mit marxistischer Wirtschaftslehre gewesen, wenn er Staatsausgaben als Abschlag vom Bruttowert der Produktion, in der Form



Nihon Denpa Newst

Tet-Offensive von nordvietnamesischer Armee und Kämpfern der Nationalen Befreiungsfront (Vietcong) 1968: ein machtvoller Schlag gegen den US-Imperialismus. Die Niederlage der USA untergrub die US-Vorherrschaft über die internationale Wirtschaft

von aufgewandtem und ersetzt konstantem Kapital, behandelt hätte und nicht als eine nicht-profitable Komponente des Mehrwerts.

Matticks Arbeit ist eine teilweise korrekte Erklärung, warum jene kapitalistischen Länder, die eine schwere Last von Staatsausgaben tragen (USA, Großbritannien), viel langsamer gewachsen sind als Wirtschaften mit einem relativ beschränkten staatlichen Sektor (Japan, Frankreich). Doch kann seine Theorie nicht das Eintreten einer großen weltweiten Wirtschaftskrise erklären; Mattick sieht eine solche Entwicklung auch nicht vorher. Aus der Logik seines theoretischen Modells folgt zunehmende Stagnation, aber kein allgemeiner weltweiter Abschwung.

Nach Matticks Modell müsste einem starken Rückgang privater Investitionen, wie er 1974 eintrat, als Ursache ein starker Anstieg im Anteil von Staatsausgaben vorangegangen sein. Doch nichts dergleichen geschah während des Aufschwungs von 1972/73. Der Anteil von Staatsausgaben in den entwickelten kapitalistischen Ländern blieb in dieser Periode nahezu unverändert, was man aus den folgenden Zahlen ablesen kann:

Staatsausgaben in Prozent des BIP		
Land	1971	1973
Frankreich	12 %	12 %
Japan	9 %	9 %
USA	22 %	22 %
Westdeutschland	17 %	18 %

Quelle: OECD, *Economic Outlook*, Dezember 1972 und Dezember 1974.

Selbst auf empirischer Ebene ist also unbestreitbar, dass die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise nicht auf die Beschränkungen des Keynesianismus zurückzuführen ist, zumindest nicht im Sinne von untragbar hohen Staatsausgaben im Verhältnis zur privaten kapitalistischen Produktion.

Die mandelianische Schule der Fälschung

In seinem Artikel „Weltwirtschaftrezession und die gesellschaftliche Krise des Kapitalismus 1974/75“ (*Rote Hefte* Nr. 9, Januar 1975) versucht sich Ernest Mandel, Theoretiker und Führer des pseudotrotzkistischen Vereinigten Sekretariats, an einer umfassenden Analyse der Weltkonjunktur.

Der Artikel beginnt mit einem Eigenlob, dass der Autor anders als viele Andere immer die Idee abgelehnt habe, dass keynesianische Wirtschaftspolitik kapitalistische Industriezyklen stabilisieren könne:

„Wenn sie alle im bürgerlichen und kleinbürgerlichen Lager, ebenso wie innerhalb der Arbeiterbewegung, überrumpelt, welche den leichtfertigen Behauptungen Glauben geschenkt hatten, die mit den neo-Keynes'schen Techniken ausgerüsteten Regierungen des Kapitals wären künftig in der Lage, ‚den Zyklus zu kontrollieren‘, so ist diese Rezession fast zum genauen Termin von unserer Bewegung vorhergesagt und angekündigt worden.“

Und wer sind diese ungenannten Gestalten in der Arbeiterbewegung, die – ach, wie naiv – glaubten, dass „neo-Keynes'sche Techniken“ „den Zyklus kontrollieren“ könnten? Vielleicht bezieht sich Mandels Anspielung auf den Autor der folgenden Auszüge aus einem wohlbekannten Buch über marxistische Wirtschaftslehre, das 1962 veröffentlicht wurde:

„Seit dem Zweiten Weltkrieg hat der Kapitalismus vier charakteristische Rezessionen durchgemacht; jene von 1948 bis 1949, jene von 1953 bis 1954; jene von 1957 bis 1958; jene von 1960 bis 1961. Er hat keine schwere Krise erlebt und ganz bestimmt keine vom Ausmaß der Krise von 1929 oder der von 1938.“

Handelt es sich hier um ein neues Phänomen in der Geschichte des Kapitalismus? Wir glauben nicht, dass man dies bestreiten kann, wie einige marxistische Theoretiker es tun...

Die Wurzeln dieses Phänomens liegen genau in all jenen Charakteristika der Phase des Spätkapitalismus, die wir aufgezählt haben. Die kapitalistische Wirtschaft dieser Phase tendiert dahin, sowohl dem Konsum als auch den Investitionen *eine größere Stabilität* zu sichern als in der Epoche der freien Konkurrenz oder während des ersten Stadiums des Monopolkapitalismus; sie tendiert zu einer Verminderung der zyklischen Fluktuationen, was hauptsächlich ein Ergebnis der wachsenden Intervention des Staates ist.“ [Hervorhebung im Original]

Was ist das für ein angeblich marxistisches Werk, das behauptet, staatliche Intervention habe für „größere Stabilität“ und eine „Verminderung zyklischer Fluktuationen“ gesorgt? Sein Titel ist *Marxistische Wirtschaftstheorie* (Suhrkamp, 1968 – die Auszüge sind aus dem Kapitel XIV) und wurde von einem gewissen Ernest Mandel geschrieben.

Um Mandel gegenüber fair zu sein, sollte man anmerken, dass er immer auf Nummer sicher geht. Auch jetzt hat er die Wirksamkeit keynesianischer antizyklischer Maßnahmen nicht vollkommen zurückgewiesen. Im *Rote-Hefte*-Artikel verborgen findet sich eine Aussage, wonach Staatsinterventionen die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise aufhalten und umkehren können:

„Die Rezession ist haargenau eine Überproduktionskrise, deren Umfang und Dauer von einer Injektion inflationistischer Kaufkraft bestimmt ist. Wenn also die Wirtschaft durch derartige Injektionen im Laufe der kommenden Monate flottgemacht wird – zuerst in Westdeutschland, dann in den USA und in Japan – dann wird die internationale kapitalistische Wirtschaft diesmal noch die schwere Krise vermeiden.“

Wenn das möglich wäre, fragt man sich natürlich, warum die kapitalistischen Regierungen die Sache so weit aus dem Ruder laufen ließen.

Trotz seiner üblichen kleingedruckten Ausstiegsklauseln ist Mandels neuester Beitrag eine unehrliche Zurückweisung der Analyse des zeitgenössischen Kapitalismus, die er in seinen maßgeblichen Schriften der 1960er-Jahre zum Ausdruck brachte. Nachdem der „Neokapitalismus“ seinen Zweck als impressionistische Rechtfertigung für opportunistische

Politik und Anpassung an die Arbeiterbürokratie erfüllt hatte, wurde er jetzt unauffällig aus dem mandelianischen Vokabular gestrichen.

Ein professioneller Impressionist betrachtet die Konjunktur

Nachdem Mandel seinen Glauben an die Wirksamkeit keynesianischer Stabilisierungspolitik „verschwinden“ ließ, greift er auf verschiedene Ad-hoc-Theorien zurück, um die gegenwärtige Konjunktur zu erklären. Seine zentrale Frage ist, warum es jetzt eine *weltweite* Krise gibt, während in den letzten 20 Jahren die verschiedenen (manchmal sehr starken) nationalen Abschwünge weitgehend zeitlich isoliert voneinander waren. Mandel formuliert es so:

„Die allgemeine Rezession wird die schwerste Rezession der Nachkriegszeit gerade deswegen sein, weil sie überall auftritt. Die zeitliche Ungleichmäßigkeit des industriellen Zyklus in der Periode 1948–1968 hatte die Tiefe der Rezession gemildert.“

Es ist eine unbestreitbare empirische Tatsache, dass seit der Rezession von 1958 (nicht seit 1948, wie Mandel behauptet), die verschiedenen nationalen Wirtschaftsflauten sich nicht gegenseitig verstärkt, sondern sich teilweise untereinander ausgeglichen haben. Diese Aussage kann nur dann von einer empirischen Beschreibung in eine kausale Theorie verwandelt werden, wenn man behauptet, dass das Fehlen konjunktureller Synchronisation nicht besonderen Umständen geschuldet ist, sondern im Wesen der Struktur des Nachkriegskapitalismus lag (zumindest bis vor kurzem). Genau das versucht Mandel jetzt vorzuführen:

„Diese Gleichzeitigkeit ist jedoch kein zufälliger Faktor. Sie resultiert ebenfalls aus tiefgehenderen ökonomischen Umwandlungen, die während der langen ihr vorausgegangenen Expansionsperiode entstanden sind.“

Zur Unterstützung seiner These führt Mandel drei Gründe an. Der erste ist, dass die Weltwirtschaft in den 1950er-, 1960er-Jahren nicht ausreichend integriert (!) war, um eine allgemeine Krise zu ermöglichen. Während dieser Periode wurde die Weltwirtschaft jedoch ausreichend integriert, besonders aufgrund der Ausdehnung multinationaler Firmen:

„Die Internationalisierung der Produktion hat neue Schritte voran gemacht, die durch Fortschritte der internationalen Arbeitsteilung innerhalb der Gesamtheit der imperialistischen Länder gekennzeichnet sind. Vom Standpunkt der Organisation des Kapitals kommt das im Aufschwung der multinationalen Firmen zum Ausdruck, die gleichzeitig in einer großen Zahl Länder Mehrwert erzeugen...“

Anscheinend ist es wirklich notwendig, Mandel darauf hinzuweisen, dass die Weltwirtschaft seit mehr als einem Jahrhundert ausreichend integriert gewesen ist, um internationale Krisen oder Abschwünge hervorzubringen! Die wesentliche Grundlage dieser Integration ist der weltweite Warenhandel und der damit verbundene Komplex finanzieller Verpflichtungen. Die wesentlichen „multinationalen Firmen“, die „gleichzeitig in einer großen Zahl Länder“ Mehrwert abschöpfen, sind heute, wie schon seit Jahrhunderten, die großen Banken und nicht die Industriekonzerne.

Weltkrisen sind vor allem von großen Banken-Zusammenbrüchen gekennzeichnet und werden durch sie verschärft: die österreichische Credit-Anstalt 1931, das Bankhaus Herstatt in Westdeutschland und die Franklin National Bank in den USA 1974. Die teilweise Verdrängung von Banken durch Industrieunternehmen bei der Finanzierung von internationalem Handel und Investitionen hat eine gewisse Auswirkung auf den gegenwärtigen Kapitalismus. Doch auf keinen Fall erhöht sie das Niveau internationaler wirtschaftlicher Integration auf qualitative Weise, so dass Weltwirtschaftskrisen zum ersten Mal entstehen könnten.

Mandels zweiter Grund ist, dass die Ersetzung des festen Dollar-Umtauschkurses durch kontrolliert fluktuierende Kurse 1971 eine wettbewerbliche Entwertung verhinderte und somit gleichzeitige Deflationsmaßnahmen notwendig machte:

„Aber vom Augenblick an, wo ... der Zusammenbruch des internationalen Währungssystems zum Zustand floatender Währungskurse geführt hat, d. h. zur Unmöglichkeit, um einer Erhöhung der Exporte willen plötzlich stark abzuwerten, von diesem Augenblick an sind *alle* Regierungen durch die imperialistische Konkurrenz untereinander gezwungen gewesen, eine *gleichzeitige* antiinflationistische Politik zu führen.“ [Hervorhebung im Original]

Dieses Argument ist einfach komplett falsch. Das System festgeschriebener Wechselkurse, das 1944 in Bretton Woods eingerichtet wurde, war deflationär und diente zur Beschränkung von Staatsausgaben auf Verschuldungsbasis. Mehrere prominente britische Keynesianer, so wie Roy Harrod und James Meade, haben lange Zeit fluktuierende Wechselkurse befürwortet, um expansivere Währungs- und Finanzmaßnahmen umsetzen zu können.

Vor dem August 1971 war die wettbewerbliche Entwertung eine Ausnahme, die nur im Extremfall genutzt werden sollte; heute ist sie die Regel. In den 1950er- und 1960er-Jahren griffen Regierungen häufig auf deflationäre Maßnahmen zurück, um einen überbewerteten Wechselkurs zu schützen (z. B. die Maßnahmen der zweiten Eisenhower-Administration, die harte Sparpolitik des frühen gaullistischen Regimes und die „Stop-go“-Maßnahmen verschiedener britischer Regierungen vor der Entwertung des Pfunds 1968).

Mandels dritter Grund ist, dass Perioden wirtschaftlicher Flauten, da sie länger werden, auch wahrscheinlicher mit Rezessionen in anderen Ländern überlappen:

„Die Phasen von Stagnation, ja der Rezession, werden immer länger. Das begünstigt offensichtlich die Synchronisierung. Rezessionen, die sechs Monate dauern, lassen sich weniger leicht in einem Dutzend Länder auf einmal [überwinden], als Rezessionen, die verteilt über 2 Jahre andauern.“

Das ist natürlich eine statistische Binsenweisheit. Aber da die Verlängerung von Wirtschaftskrisen in einem Land stark von gleichzeitigen Flauten im Rest der Welt beeinflusst ist, dreht sich Mandels Argument komplett im Kreis. Somit ist sein dritter „Grund“ überhaupt kein Grund, sondern nur eine andere Beschreibung eines allgemeinen weltweiten Abschwungs.

Abonniere jetzt!

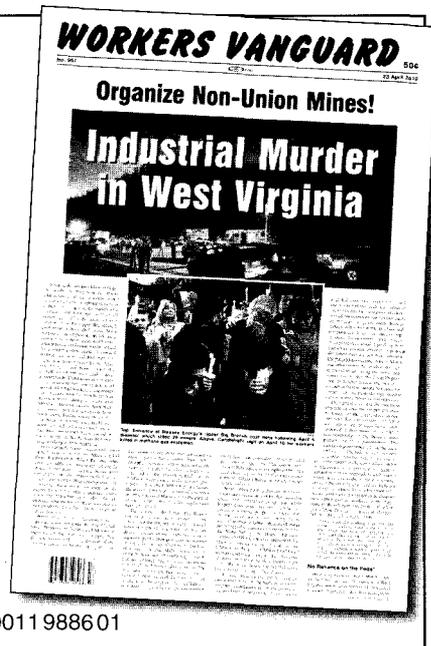
Workers Vanguard, zweiwöchentliche Zeitung der Spartacist League/U.S.

22 Ausgaben inkl. *Spartacist* (englische Ausgabe) und *Black History and the Class Struggle*

Luftpost € 18,-

Bestellt bei: Verlag Avantgarde Postfach 23555 10127 Berlin

Konto 11988-601 Postbank Frankfurt/M. BLZ 500 10060 BIC PBNKDEFF IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01





Schlange vor
Essenausgabe
in Detroit,
Dezember 2008

Getty

Kurz gesagt ist von Mandels drei Gründen, warum ein allgemeiner weltweiter Abschwung gerade jetzt stattfindet und in der vorherigen Periode nicht möglich war, der erste irrelevant, der zweite falsch und der dritte bedeutungslos.

Ist Inflation die Achillesferse des Keynesianismus?

Praktisch alle liberal-bürgerlichen, reformistischen und revisionistischen Ökonomen behaupten, dass nur die Inflation ein Hindernis für wirksame keynesianische Maßnahmen ist. Erhöhte Staatsausgaben, sagen sie, können immer Vollbeschäftigung hervorbringen, jedoch manchmal nur um den Preis unerträglicher Inflationsraten. Bürgerliche Reaktionen wie Milton Friedman bis hin zu Pseudomarxisten wie Ernest Mandel stimmen darin überein, dass keynesianische Maßnahmen immer höhere Inflationsraten hervorbringen müssen. Ist diese Behauptung stichhaltig?

Die beschleunigte Inflation der letzten paar Jahre ist eine unbestreitbare empirische Tatsache. Im Zeitraum 1961–71 stiegen die Verbraucherpreise in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern jährlich um 3,7 Prozent; 1972 stiegen sie um 4,7 Prozent, 1973 um 7,7 Prozent und 1974 um 14,1 Prozent (OECD, *Economic Outlook*, Dezember 1974)! Ist diese beschleunigte Inflation ein unausweichliches Ergebnis von 20 Jahren keynesianischer Wirtschaftspolitik?

Wir haben in diesem Artikel schon darauf hingewiesen, dass der Anteil von Staatsausgaben in den Aufschwungsjahren 1972/73 nicht anstieg. Somit kann die Preisexplosion der letzten paar Jahre nicht auf zunehmende Haushaltsdefizite zur Finanzierung wachsender Staatsausgaben zurückgeführt werden. Gerade die Schärfe der Preissteigerungen seit 1971 spricht gegen die Theorie, dass sie ein organisches, unausweichliches Ergebnis einer Generation auf Schulden basierender Staatsausgaben ist.

Was ist dann aber die Ursache für die verstärkte Inflation der letzten drei Jahre? Eine wichtige Ursache wurde schon angesprochen. Das System fester Dollar-Wechselkurse, das im August 1971 kollabierte, hatte Auswirkungen, die teilweise denen des Goldstandards vor dem Ersten Weltkrieg ähnlich waren. Die Beibehaltung eines festen Wechselkurses diente als externe Grenze für die Ausdehnung einheimischen Geldes und Kredits. Seit 1971 haben kapitalistische Regierungen den „leichten Ausweg“ aus den Zahlungsbilanzdefiziten gewählt, indem sie Abwertungen ihrer Währungen zuließen. Wechselkursabwertung verstärkt die einheimische Inflation noch weiter und erzeugt so einen Teufelskreis. Britannien und Italien sind die deutlichsten Beispiele für diesen Prozess.

Der zweite Grund für die beschleunigte Inflation ist, dass der scharfe weltweite Aufschwung von 1972/73 ähnliche Auswirkungen auf die Versorgung mit Rohstoffen und landwirtschaftlichen Produkten hatte wie ein größerer Krieg. Vom Koreakrieg bis 1971 verfielen die Handelsbedingungen für landwirtschaftliche Produkte und Rohstoffe im Verhältnis

zur Industrieproduktion, was zu einem fundamentalen Ungleichgewicht der globalen Produktionskapazitäten führte. Während 1972 die Industrieproduktion in den fortgeschrittenen kapitalistischen Ländern um 8 Prozent anstieg, ging die globale Nahrungsmittelproduktion sogar leicht zurück (OECD, *Economic Outlook*, Dezember 1973). Schnell erzeugte diese reale Knappheit Spekulation, Hortung und Kartellmanipulation. Zwischen 1971 und 1973 erhöhte sich der Index weltweiter Rohstoffpreise um 80 Prozent wie auch der Preis international gehandelter Nahrungsmittel (OECD, *Economic Outlook*, Dezember 1974). Somit erklärt sich die Preisexplosion der letzten zwei Jahre aus zwei Faktoren: die weitverbreitete Anwendung wettbewerblicher Währungsabwertung ab 1971 und die Auswirkungen des Aufschwungs von 1972/73 auf landwirtschaftliche und Rohstoffzeugnisse.

Das Argument, Keynesianismus sei jetzt ineffektiv, weil er zu unerträglicher Inflation führe, ist kein wesentliches, sondern eher ein temporäres, konjunkturelles, selbst wenn man außer Acht lässt, dass es empirisch falsch ist. Als Versuch einer objektiven Analyse ähnelt es der gegenwärtigen Position einiger rechter Keynesianer wie dem Vorstandsmitglied der US-Notenbank Arthur F. Burns oder Präsident Fords Wirtschaftsberater William Kellner, die meinen, dass ein paar Jahre hoher Arbeitslosigkeit notwendig sind, um den Druck der Inflation vom kapitalistischen Weltsystem zu nehmen. Danach, so behaupten sie, können keynesianische Maßnahmen wieder 10 oder 20 Jahre Expansion unter Bedingungen von niedriger Inflation und milder Rezession hervorbringen.

Wenn es in den nächsten paar Jahren keinen großen Krieg oder massiven revolutionären Aufbruch in Westeuropa gibt (beides sind reale Möglichkeiten), sollte sich die Weltwirtschaftskrise dieses Jahr vertiefen und zu einer Phase der Stagnation mit hoher Arbeitslosigkeit mindestens bis 1976 führen. Sollte das eintreten, wird sich in zwei Jahren die Inflationsrate wesentlich verringern; sie zeigt schon jetzt viele Anzeichen einer Verlangsamung. Diejenigen Linken, deren Hauptargument gegen bürgerlichen Wirtschaftsreformismus darin besteht, dass er zu immer schnellerer Inflation führt, werden sich auf theoretischer Ebene den Behauptungen eines wieder auflebenden Keynesianismus schutzlos ausgeliefert finden.

Die „Theorie“, dass kapitalistische Regierungen eine Generation lang in der Lage waren, große Krisen zu verhindern und außergewöhnliche wirtschaftliche Expansion zu bewirken, führt zu unerbittlich revisionistischen Schlussfolgerungen. Unabhängig von der subjektiven Herangehensweise ihrer Vertreter führt diese Sichtweise direkt zu der Schlussfolgerung, dass wir in einer Epoche kapitalistischer wirtschaftlicher Stabilität gelebt haben. Solcherlei Argumente haben mit dem Marxismus nichts gemein. Im Gegenteil, das Übergangsprogramm der Vierten Internationale hat als sein Fundament die leninistische Theorie des Imperialismus als höchstes (letztes) Stadium des Kapitalismus, eine Epoche seines Niedergangs und eine Periode von Kriegen und Revolutionen. Das muss unsere Perspektive sein. ■

Solidarität...

Fortsetzung von Seite 1

versuchte, den heldenhaften Widerstand der Bevölkerung aufs Blutigste zu unterdrücken. Anfang der 1990er-Jahre spielte der deutsche Imperialismus eine Schlüsselrolle dabei, die Völker des deformierten Arbeiterstaats Jugoslawien in blutige nationalistische Kriege gegeneinander zu hetzen und damit die Konterrevolution voranzutreiben. Die SPD/Grünen-Regierung unter Schröder und Fischer beteiligte sich 1999 mit ihren NATO-Verbündeten unter Führung der USA am Krieg gegen Serbien und etablierte ein Besatzungsregime in weiten Teilen Ex-Jugoslawiens. Jetzt wird mit wirtschaftlichen Mitteln versucht, den „Verbündeten“ und das EU-Mitglied Griechenland gefügig zu machen, um aus der Arbeiterklasse und den Unterdrückten Griechenlands das Letzte herauszupressen. **Bundeswehr raus aus dem Balkan!**

Die letzten Wochen waren geprägt durch Machtkämpfe in der deutschen Regierung und in der EU darüber, wie man mit der katastrophalen Situation umgehen soll. Finanzminister Schäuble schlug vor, einen Europäischen Währungsfonds aufzubauen, um Krisen solcher Art in Zukunft abwenden zu können. Dies stieß auf wenig Gegenliebe bei Kanzlerin Merkel, die fürchtete, dass dabei letztlich Deutschland die Rechnung zahlen müsse. Sie schlug stattdessen vor, dass der Internationale Währungsfonds (IWF) sich Griechenlands annehmen sollte. *Der Spiegel* (22. März) gibt Schäuble dahingehend wieder, dass „der amerikanisch dominierte IWF als verlängerter Arm der US-Außenpolitik [gilt], und die habe in der Euro-Zone nichts zu suchen“. Da spiegelt sich in der Regierung die ständige Auseinandersetzung der deutschen Außenpolitik wider, wohin man sich orientiert: eher in Richtung USA, wie die „Atlantiker“ es wollen, oder auf einen mehr auf Selbständigkeit bedachten Kurs mit Anlehnung an Russland, was Schröder so offen zelebrierte. Das ist aber nur eine Auseinandersetzung, welcher Weg besser für den deutschen Imperialismus ist.

Wie auch immer, einig sind sich Merkel und Schäuble darin, dass Deutschland aus der Wirtschaftskrise als Gewinner herauskommen soll. Sie wollen nicht mehr der „Zahlmeister“ Europas sein, und manche Kommentatoren fürchten, dass sie damit die EU und den Euro akut gefährden. Aus der Arroganz von Merkel und Co. spricht ein neu gewonnenes Selbstvertrauen des deutschen Imperialismus, welches den Rest Europas durchaus Schlimmes befürchten lässt. Merkel setzte sich dann beim EU-Gipfel als „Madame Non!“ scheinbar durch und ließ sich zu Hause als die neue „Eiserne Lady“ feiern, in Anlehnung an die ehemalige britische Premierministerin Margaret Thatcher, die sich einen Namen machte, indem sie in den 1980er-Jahren die Gewerkschaften massiv bekämpfte und die verarbeitende Industrie zerstörte. Dieser Ruhm und der Deal, dass Griechenland Marktinsen zahlen muss – was die Verschuldung auf Ewigkeit in die Höhe getrieben hätte –, hielten aber nicht lange. Der französische Präsident Sarkozy kungelte mit dem italienischen Ministerpräsidenten Berlusconi und dem Chef der Europäischen Zentralbank Trichet einen anderen Deal aus, der Griechenland zunächst Kredite zu 5 Prozent Zinsen garantiert. Und Schäuble stimmte in einer Finanzministerkonferenz zu. *Der Financial-Times*-Kolumnist Wolfgang Münchau bemerkte: „Solange der Kredit zurückbezahlt wird, fließen durch diesen Vertrag mehr Gelder von Athen nach Berlin als umgekehrt.“ (13. April)

Und in diese Richtung verläuft der Transfer des Reich-



Reuters

Kanzlerin Merkel maßregelt Griechenlands Premier Papandreou

tums die ganze Zeit. Als die französische Finanzministerin Lagarde sich über die zu niedrigen Löhne in Deutschland beklagte, die für das Ungleichgewicht in der EU verantwortlich seien, schlug ihr eine Welle der Empörung aus der herrschenden Klasse Deutschlands und von deren Schreiberlingen entgegen. Ähnlich wie Lagarde argumentierten Heiner Flassbeck und Friederike Spiecker in der *Frankfurter Rundschau* am 10. März: „Griechenland und ganz Südeuropa brauchen einen Ausgleich, weil sie, zu Recht, das deutsche Lohndumping der vergangenen zehn Jahre nicht mitgemacht haben. Diesen Ausgleich muss man auf mittlere Frist hinbekommen, sonst ist der Euro nicht zu halten, ganz gleich wie lange, wie hart und durch welche Institution auch immer man den Griechen die Daumenschrauben anlegt.“ Sie beschwerten sich dann: „Die deutsche Politik weigert sich mit Hilfe der Zentralbank beharrlich, über das eigentliche Problem der Handelsungleichgewichte, die deutsche Lohndumpingpolitik, nachzudenken.“ Während die „Ungleichgewichte“ tatsächlich da sind, ist es völlig illusorisch, an die Regierung und die Kapitalisten zu appellieren, höhere Löhne zu zahlen, wie es auch SPD und Linkspartei tun. Das ist, als wolle man Haie überreden, Vegetarier zu werden. Die deutsche Bourgeoisie fühlt sich mit der Krise im Aufwind und will noch viel mehr Profit aus den Arbeitern Deutschlands und Europas ziehen. Das einzige, was dagegen hilft, ist harter Klassenkampf.

EU: antisowjetische Allianz wird imperialistisches Konsortium

Wir Kommunisten sind als proletarische Internationalisten grundsätzliche Gegner der von den imperialistischen Mächten Deutschland, Frankreich und Britannien

Seminar der Spartakist-Jugend Berlin

Vor 65 Jahren: Die Rote Armee zerschlug das Nazi-Regime!

Freitag, 7. Mai, 18.30 Uhr, Mehringhof, Blauer Salon,
Gneisenaustraße 2a (U-Bhf. Mehringdamm)
Termine weiterer Seminare: 28. Mai und 18. Juni

dominierten EU. Die EU dient zentral dazu, die Interessen dieser Imperialisten und ihrer Juniorpartner voranzubringen und die stärker abhängigen Staaten, wie Griechenland und viele osteuropäische Länder, als verlängerte Werkbänke zu benutzen. Seit Mitte der 90er-Jahre dient sie zunehmend der völligen Abschottung gegen Flüchtlinge und Immigranten, die man entweder im Mittelmeer ertrinken lässt oder in Lagern, die an Konzentrationslager erinnern, gefangen hält, um sie schnellstmöglich in die Hölle ihrer vom Imperialismus ausgebeuteten oder direkt zerstörten Länder zurückzuschicken.

Die EU ist aber selbst ein fragiles Gebilde, das durch die unterschiedlichen nationalen Interessen der europäischen Imperialisten ständigen Spannungen ausgesetzt ist, die es zu sprengen drohen. Es kann auch gar nicht anders sein. Obwohl die Produktivkräfte längst über den nationalen Rahmen hinausgewachsen sind, ist der Kapitalismus ein System, das im Wesentlichen auf dem Nationalstaat beruht und dort seine Basis hat: Die verschiedenen nationalen Kapitalistenklassen brauchen jeweils ihren Staat, um ihre Interessen nach Innen und Außen durchzusetzen und zu schützen. Dieser Widerspruch ist ja eine der Ursachen für die vergangenen zwei Weltkriege. Und deshalb ist auch eine angeblich angestrebte politische Union oder ein europäischer Superstaat zwangsläufig eine hohle Utopie. Selbst das Freihandelsbündnis der heutigen EU ist in der jetzigen Krise aufgrund der Ungleichgewichte, die der räuberische Kapitalismus zwangsläufig hervorbringt, bedroht. Wie der russische Revolutionär und Führer der ersten erfolgreichen Arbeiterrevolution, W. I. Lenin, im August 1915 inmitten des Ersten Weltkrieges schrieb:

„Natürlich sind *zeitweilige* Abkommen zwischen den Kapitalisten und zwischen den Mächten möglich. In diesem Sinne sind auch die Vereinigten Staaten von Europa möglich als Abkommen der *europäischen* Kapitalisten ... worüber? Lediglich darüber, wie man gemeinsam den Sozialismus in Europa unterdrücken, gemeinsam die geraubten Kolonien *gegen* Japan und Amerika verteidigen könnte.“ („Über die Losung der Vereinigten Staaten von Europa“)

Die Ursprünge der Europäischen Union gehen zurück auf die 50er-Jahre, als die westeuropäischen Imperialisten unter der Führung der USA versuchten, ihre Allianz gegen die Sowjetunion durch engere wirtschaftliche Zusammenarbeit zu stabilisieren. Trotz ihrer Degeneration – die 1924 mit der Aneignung der politischen Macht durch die von Stalin geführte bürokratische Kaste begann – blieb die Sowjetunion ein Arbeiterstaat, der auf der Enteignung der Kapita-

listen und der Kollektivierung der Produktionsmittel beruhte, die aus der Oktoberrevolution von 1917 resultierten. Deshalb verteidigten wir Trotzlisten die Sowjetunion bedingungslos militärisch, und deshalb wollten die Imperialisten sie immer zerstören, um wieder den ungehinderten Zugang für ihr Kapital nach Osteuropa und in die Sowjetunion zu gewinnen und die dortigen Völker wieder ausbeuten zu können.

Aus unserer bedingungslosen militärischen Verteidigung der Sowjetunion, der DDR und der anderen deformierten Arbeiterstaaten Osteuropas ergibt sich unsere prinzipielle Opposition sowohl gegenüber der NATO – der militärischen Allianz gegen die Sowjetunion – als auch gegenüber der EU und ihrer Vorläufer. Der Charakter der EU änderte sich nach der konterrevolutionären Zerstörung der Sowjetunion 1991/92, als die antisowjetische Ausrichtung der EU wegfiel. Um besser ihre eigenen Interessen gegenüber ihrem US-Rivalen zu behaupten, versuchen Deutschland und Frankreich – selber zwei rivalisierende imperialistische Mächte –, ihre Koordination zu verbessern, und manövrieren unter anderem mit dem kapitalistischen Russland. 1989, kurz nach dem Fall der Berliner Mauer, machte der damalige französische Präsident Mitterrand die französische Zustimmung zur Wiedervereinigung Deutschlands davon abhängig, dass sich Deutschland und Frankreich auf eine gemeinsame Währung einigen. Diese sollte wohl die Gefahr von Alleingängen des wiedererstarkten Deutschlands und Konfrontationen zwischen den beiden „Partnern“ vermeiden helfen. Weiterhin sollte sie eine Waffe sein im Krieg der Währungen gegen die internationale Hegemonie des US-Dollar. Daraus wurde der Euro. Die Einheit zwischen diesen beiden Imperialisten ist aber selbst sehr konfliktgeladen, wie die Auseinandersetzungen um Produktionsverlagerungen und Massenentlassungen bei dem von Frankreich und Deutschland dominierten Flugzeugbauer und Rüstungskonzern Airbus im Frühjahr 2007 zeigten oder auch die Kritik der französischen Finanzministerin Lagarde an der exportfixierten deutschen Industrie. Unterstützt vom britischen Imperialismus versuchen die USA die Herausbildung eines solchen mit ihnen rivalisierenden imperialistischen Blocks zu bremsen bzw. zu verhindern.

Euro und deutscher Imperialismus

Die Haltung der deutschen Bourgeoisie zur Einführung des Euro war zwiespältig bis ablehnend, da sie die Gefahr sah, Souveränitätsrechte zu verlieren und mit dem Euro eine eher weiche Währung zu bekommen. Insbesondere scheint die Erfahrung der katastrophalen Inflation im Krisenjahr 1923 die deutsche Kapitalistenklasse nachhaltig geprägt zu haben. Nur vier Jahre nachdem die deutsche Bourgeoisie aufgrund des Verrats von SPD- und USPD-Führung gerade noch einmal ihren Sturz durch die proletarische Revolution 1918/19 verhindern konnte, versuchte die Regierung Cuno 1923 durch das Anheizen der Inflation die Kosten für die Reparationen an den französischen Imperialismus auf die Arbeiterklasse und die unteren Mittelklassen abzuwälzen. Im Verlauf der sich darüber zuspitzenden Krise kam es zu der bislang besten Chance für die deutsche Arbeiterklasse, die Macht durch eine sozialistische Revolution in die eigenen Hände zu nehmen, denn die KPD war inzwischen zu einer im Proletariat verankerten Massenpartei geworden. Die revolutionäre Führung der KPD hatte aber politisch nur unzureichend mit der SPD gebrochen und ließ die Chance verstreichen.

Der Preis, den Deutschland für die Einführung des Euro verlangte, waren dann weitgehende Zugeständnisse der anderen Mitglieder der Eurozone, was die Härte des Euro garantieren sollte. So sollte die politische Einflussnahme auf die Europäische Zentralbank nicht gegeben sein; der „Stabi-

SPARTAKIST

DEUTSCHE AUSGABE
 SOMMER 2001
 NR. 22

Zur Wiederbewaffnung
des Bolschewismus

Eine trotzkistische Kritik:
Deutschland 1923
und die Komintern

SEITE 2

Eine kritische Bilanz

Trotzki und die russische
Linke Opposition

SEITE 28

FRAZEN UND DIE FRANZÖSISCHE REVOLUTION

SEITE 84

IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01

Theoretische und dokumentarische Quellensammlung der IKL

Deutsche Ausgabe
Nr. 22, Sommer 2001

€ 1,50

(im Abo des *Spartakist* enthalten)

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 23555
10127 Berlin

Konto 11988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60
BIC PBNKDEFF



Der Spiegel

Krise in Griechenland, 2010: Bullen machen mobil gegen Arbeiter (oben). Berlin, 2008: Spartakisten auf Demo für Mumia Abu-Jamal protestieren gegen Erschießung eines Jugendlichen in Athen



Spartakist

litätspakt“ sieht vor, dass die Neuverschuldung eines Landes nicht mehr als drei Prozent des Bruttoinlandsprodukts übersteigt und sieht massive Strafzahlungen vor, wenn diese Zahl überschritten wird. Ironischerweise war es aber gerade Deutschland, das unter Schröder als erstes diesen Vertrag brach und dann mit seiner Macht auch noch durchsetzte, dass es keine Strafe zu zahlen hatte. Jetzt, wo Griechenland und potenziell auch andere Länder in einer sehr viel gefährlicheren Situation sind, werden von Deutschland alle Geschütze aufgeföhren, und von Solidarität mit einem EU-„Partner“ findet sich nicht eine Spur. Damit die deutsche Arbeiterklasse nicht auf die Idee kommt, die Schuld beim kapitalistischen System und ihren eigenen Herrschern zu suchen, wird daraufhin die chauvinistische Kampagne gegen Griechenland losgetreten. Die Arbeiterbewegung in Deutschland muss in Solidarität mit den griechischen Arbeitern und allen anderen Opfern der EU-Imperialisten mobilisieren, denn ihr stehen demnächst ähnliche Angriffe bevor. Die Hetze gegen Griechenland dient auch dazu, die multiethnische Arbeiterklasse hier zu spalten und zu schwächen.

SPD: mit „sozialer“ Demagogie für deutschen Imperialismus

Der Vorsitzende der bürgerlichen Arbeiterpartei SPD, Sigmar Gabriel, stieß in das gleiche Horn wie die Regierung, indem er Griechenland die Schuld gab und finanzielle Unterstützung ausschloss. Auf die Frage, ob Deutschland Griechenland helfen sollte, antwortete er in einem *Bild*-Interview am 5. März:

„Ja. Aber nicht dadurch, dass wir Geld nach Athen überweisen. Das wäre falsch und verantwortungslos! Weil wir selbst dafür bei uns Schulden machen oder bei Bildung und Soziales sparen müssten. Das heiße: Die Schwächsten bei uns müssten für die Zocker und Spekulanten bluten – eine absurde Vorstellung!“

Damit zog er die völlig falsche Verbindung, dass hier die Arbeiterklasse und die Armen dafür zahlen müssten, um Griechenland zu helfen. Und dass die Armen für die „Zocker und Spekulanten bluten“, das hat die SPD/Grünen-Regierung mit voller Macht in den Jahren 1998–2005 *vorangetrieben*, indem z.B. die Steuer auf Beteiligungsverkäufe abgeschafft wurde, wodurch Kapital, das in der Industrie gebunden war, flüssig gemacht wurde, damit man u.a. auf den Finanzmärkten mitzocken konnte.

Gabriel versucht davon abzulenken und gibt sich ein biss-

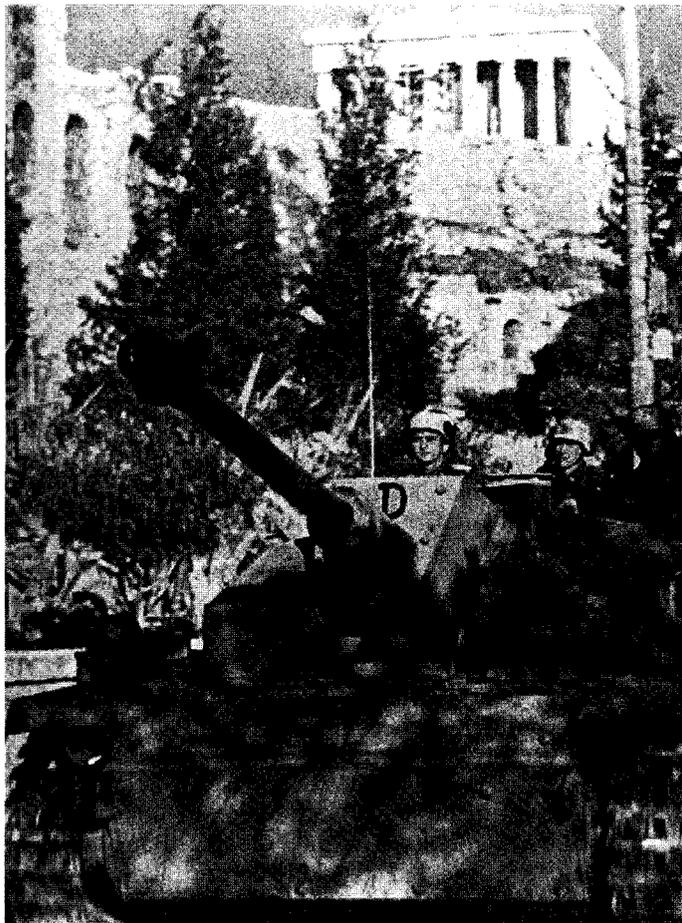
chen links: „Wir müssen diese ‚Heuschreckenplage‘ bekämpfen und den Spekulanten endlich den Stecker rausziehen.“ Welch ein Hohn von einer Partei, die 13 Jahre lang an der Macht war und in dieser Zeit die Reichen unendlich reicher machte und Millionen von Arbeitern und ihre Familien in bittere Armut stürzte. Schröders Agenda 2010, die Hartz-Reformen und die Lockerung der Regelungen für Zeitarbeit haben genau den Weg zu mehr Macht der „Zocker und Spekulanten“ geöffnet, und die sind nicht „amerikanisch“, sondern sitzen in den Banktürmen Frankfurts und den deutschen Konzernzentralen.

Die letzte große Aktion der großen Koalition aus CDU und SPD war gerade, den Banken aus der Patsche zu helfen, in die sie sich durch ihre Profitgier gebracht hatten. Hierfür hatte diese Regierung der Kapitalisten hunderte Milliarden Euro übrig. Sie „enteignete“ die massiven Schulden der Banken, damit die hiesige Arbeiterklasse sie über die Steuern abbezahlt. Die Superprofite, die die Banken heute wieder machen, stammen aus dem von griechischen, osteuropäischen, deutschen und vielen weiteren Arbeitern geschaffenen Mehrwert, den sich die Kapitalisten aneignen. Der kapitalistischen Anarchie von Krise und Superprofiten stellen wir ein Programm entgegen, das auf einer geplanten Wirtschaft basiert. Statt die Schulden der Banken zu übernehmen, ist es notwendig, die Banken zu verstaatlichen und eine Staatsbank mit einem staatlichen Kreditsystem zu schaffen, das günstige Kredite an kleine Händler und Handwerker vergibt. Noch wichtiger ist aber die Leitung der großen Industrie, der Konzerne und des Verkehrs durch eine einheitliche Finanzverwaltung im Interesse der Arbeiter und aller Beschäftigten. Diese Maßnahmen werden den Interessen der Arbeiter aber nur dann dienen, wenn die politische Macht aus den Händen der kapitalistischen Ausbeuter in die Hände der Arbeiterklasse übergeht, und das erfordert eine sozialistische Revolution.

Sozialdemokratische Linkspartei: Für eine EU mit sozialem Zuckerguss

Die völlig sozialdemokratische Linkspartei solidarisierte sich mit den Protesten der Gewerkschaften und Unterdrückten in Griechenland gegen das von der EU durchgesetzte Hungerprogramm – auf dem Papier. Die Linkspartei ist entstanden durch eine Fusion der ex-stalinistischen PDS mit Gewerkschaftern und Linken im Westen, die mit der SPD unzufrieden waren. Jedoch tat sie sich mit

Solidaritätsaktionen ihrer Basis in den Gewerkschaften nicht hervor. Für sie hat die „Solidarität mit Griechenland“ wirklich nichts mit Klassenkampf gegen die deutsche Bourgeoisie zu tun, sondern nur damit, von dieser eine „sozialere“ Politik anzumahnen. So sorgt sich Ulrich Maurer in einer Erklärung vom 26. Februar um den Zusammenhalt der kapitalistischen EU und des Kapitalismus überhaupt: „Wenn die Zockerei weitergeht, ist die Kettenreaktion in anderen Ländern vorprogrammiert. Schwache Länder der Eurozone wie Spanien, Portugal, Irland und Italien stehen mit 524 Mrd. Euro bei deutschen Geldhäusern in der Kreide. Die Folgen wären unabsehbar.“ Er fordert dann, dass



DVA

Zweiter Weltkrieg: Wehrmachtspanzer vor Akropolis. Nazibesatzung brachte unermessliches Elend

Deutschland bei der Hilfe für Griechenland an vorderster Front stehen sollte.

Am 5. März stellte die Linkspartei ihr positives Programm vor:

„Kanzlerin Merkel muss die Spekulanten endlich an die Leine nehmen. DIE LINKE fordert eine Reform der Eurozone: Die EU muss Euro-Anleihen auflegen, um die Risikoprämien für Griechenland zu senken, die Europäische Zentralbank sollte griechische Staatsanleihen kaufen, um die Macht der Spekulanten und Rating-Agenturen zu brechen. Um derartige Krisen in Zukunft zu vermeiden, sollten die Unternehmenssteuern europaweit harmonisiert und ein außenwirtschaftlicher Stabilitätspakt aufgelegt werden“ (*Pressemittteilung*).

Die Forderungen an Merkels Adresse, Spekulanten an die Leine zu nehmen oder Griechenland zu Hilfe zu eilen, mögen schön klingen, gehen aber von der falschen Voraussetzung aus, dass der Kapitalismus rational ist, gesteuert werden kann und dass die deutsche Bourgeoisie nicht von Profitinteressen getrieben ist. Das Ganze ist daher eine gefährliche Illusion. Die Linkspartei kommt dann auch auf

den Punkt, dass sie einfach eine sozialere EU haben will, wo die Auswirkungen des Kapitalismus nicht so extrem sind: „Europa braucht einen eigenen Währungsfonds, der sich den IWF ausdrücklich nicht zum Vorbild nimmt... DIE LINKE unterstützt einen Europäischen Währungsfonds nur, wenn er mit dieser Politik bricht“ (*Presseerklärung*, 8. März). Das ist ein Schafspelz für das kapitalistische Raubtier EU, um die Arbeiterbasis der Linkspartei mit der EU zu versöhnen und diese davon abzuhalten, Klassenkampf gegen die EU und die deutschen Kapitalisten zu führen.

Es gibt dieses „soziale Europa“ nicht. Der „Sozialstaat“ in Westdeutschland war den Kämpfen der Arbeiterklasse und der Existenz der DDR und der Sowjetunion geschuldet, durch die sich die deutsche Bourgeoisie gezwungen sah, auf einen Teil ihrer Profite zu verzichten. Seit der Zerstörung von DDR und Sowjetunion ist der deutschen Bourgeoisie dieser „Sozialstaat“ einfach zu teuer. Was wir in der EU sehen, sind die zentrifugalen Kräfte der verschiedenen Nationalismen, die die EU auseinandertreiben – und die Eurozone umso mehr –, und dies wird sich fortsetzen.

Die EU ist einerseits ein Block, der sich gegen die imperialistischen Rivalen USA und Japan richtet, andererseits ein Instrument der europäischen Imperialisten, und hier an erster Stelle der deutschen, um die Arbeiterklasse Europas effektiver auszubeuten. Sie wird nur so lange bestehen, wie sie diesem Ziel nützt. Ansonsten wird man wieder die anderen Instrumente hervorholen, um die eigenen Interessen voranzutreiben, was vor allem der Protektionismus ist – der sich auf dem Vormarsch befindet – oder letztlich auch wieder imperialistischer Krieg. Die Lösung für die Arbeiterklasse Europas liegt nicht in der trügerischen „Einheit“ der imperialistischen/kapitalistischen Nationalstaaten, sondern in den *Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa*. Nur durch sozialistische Revolution können die massive Ungleichheit, Rassismus, Ausbeutung und imperialistischer Krieg beendet werden und diese zwangsläufigen Übel der kapitalistischen Klassengesellschaft in einer internationalen geplanten Wirtschaft beseitigt werden.

Wenn die Linkspartei in ihrem Wahlprogramm in Nordrhein-Westfalen schreibt, dass sie für „mehr Wirtschaftsdemokratie und Vergesellschaftung der Schlüsselindustrien“ eintritt und von „Verstaatlichungen und Teilverstaatlichungen... mit demokratischer Kontrolle und erweiterten Mitbestimmungsrechten der Beschäftigten“ redet, dann klingt dies zwar linker als das, was die Bundespartei betreibt, hat aber mit Sozialismus auch nichts zu tun. Denn dass die Arbeiterklasse nicht das Sagen haben soll, sondern weiterhin die Kapitalisten, wird schon durch die „erweiterten Mitbestimmungsrechte“ deutlich gemacht. Außerdem hat die Linkspartei immer wieder klargemacht, dass sie sich der bürgerlichen Demokratie verschrieben hat, und die Distanzierung der LP-Führung vom deformierten Arbeiterstaat DDR, wo Industrie und Banken verstaatlicht waren, ist ein weiterer wichtiger Ausdruck ihrer grundlegenden Loyalität zum Kapitalismus. Die Frage, wem die Verstaatlichungen nützen, ist aber untrennbar mit der Frage verbunden, welche Klasse herrscht. So wurde die Commerzbank „teilverstaatlicht“ und die HRE (Hypo Real Estate) vollständig verstaatlicht, um diese für die Kapitalisten zu retten. In Frankreich und Italien waren Industrien oft vom Staat kontrolliert, was diese nicht weniger ausbeuterisch machte. Im *Übergangsprogramm* erklärte Trotzki, wie sich unsere Forderungen nach Verstaatlichungen von denen der Reformisten à la Linkspartei unterscheiden, wobei mit „Scharlatanen der Volksfront“ diejenigen gemeint sind, die kapitalistische Regierungskoalitionen mit Beteiligung von bürgerlichen Arbeiterparteien wie der SPD oder der Linkspartei schmieden wollen:

„Desgleichen fordern wir die Enteignung der Monopolgesellschaften in der Kriegsindustrie, bei den Eisen-

bahnen, den wichtigsten Rohstoffquellen usw.

Der Unterschied zwischen diesen Forderungen und der verwaschenen reformistischen Losung der ‚Verstaatlichung‘ besteht darin, dass wir:

1. eine Entschädigung ablehnen;
2. die Massen vor den Scharlatanen der Volksfront warnen, die in Worten die Verstaatlichung predigen, in Wirklichkeit aber Agenten des Kapitals bleiben;
3. die Massen dazu aufrufen, nur auf ihre eigene revolutionäre Kraft zu vertrauen;
4. die Frage der Enteignung mit der Frage der Arbeiter- und Bauernmacht verbinden.“

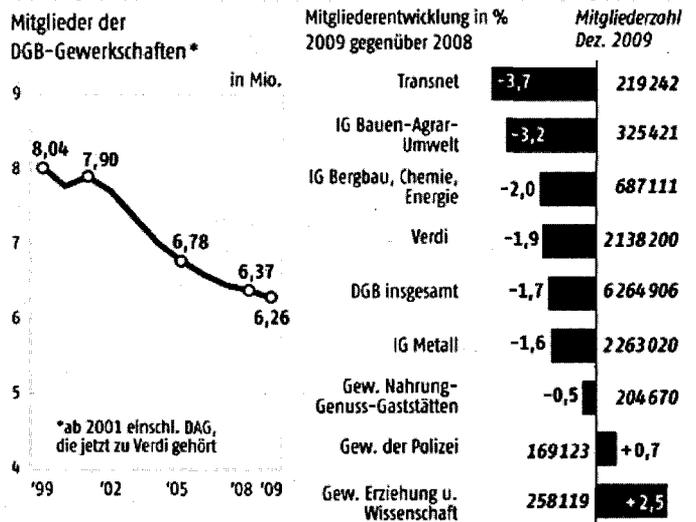
Die Linkspartei strebt auch in NRW an, die kapitalistische Gesellschaft zu verwalten. Was man tun muss, um das zu dürfen, zeigte der Berliner SPD/Linkspartei-Senat: Die PDS (inzwischen Linkspartei) wurde 2002 mit ins Boot geholt, um die Berliner Bankgesellschaft (die übrigens mehrheitlich dem Land Berlin gehörte) mit Garantien über 21,6 Milliarden Euro vor dem Bankrott zu retten. Die profitablen Teile hat er verschertelt und die 9,7 Milliarden Verluste lässt er nun auf Kosten der Berliner Arbeiter, Rentner, Kinder usw. vom Land bezahlen. Er wirft den Kapitalisten genauso die Milliarden hinterher, wie es CDU, SPD und FDP seit 2008 national tun. Wir Kommunisten dagegen lehnen die Beteiligung an Regierungen im Kapitalismus grundsätzlich ab. Wie Rosa Luxemburg erklärte, wird dadurch, dass Sozialisten in die Regierung eines kapitalistischen Staates eintreten, diese nicht zu einer sozialistischen Regierung, sondern aus den Sozialisten werden bürgerliche Minister, die die Diktatur der Bourgeoisie verwalten dürfen (siehe auch „Nieder mit Exekutivämtern des kapitalistischen Staates!“ in *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 27, Frühjahr 2009).

DGB-Führung: Klassenkollaboration für „Standort Deutschland“

Alle, die sich ein bisschen kritischer gegenüber der Regierungspolitik zu Griechenland äußern, machen Punkte, dass die „Lohnzurückhaltung“ der letzten Jahre zu den „Ungleichgewichten“ in der EU und der Eurozone beigetragen hat. So bemerkt die Europa-Expertin der SPD Schwall-Düren im *Tagesspiegel* (25. Februar): „Das griechische Leistungsbilanzdefizit ist auch ein Ergebnis des deutschen Exportüberschusses, der durch übertriebene Lohnzurückhaltung auf Kosten deutscher Beschäftigter und auf Kosten anderer EU-Mitgliedstaaten erzielt wurde.“ Für die Linkspartei erklärte Michael Schlecht in einer Presseerklärung vom 8. März: „DIE LINKE fordert unter anderen einen außenwirtschaftlichen Stabilitätspakt, um das deutsche Lohndumping zu beenden.“ Was auch immer der „außenwirtschaftliche Stabilitätspakt“ sein soll, der Berliner SPD/Linkspartei-Senat, der Vorreiter bei den Lohnkürzungen im öffentlichen Dienst, könnte ja mit gutem Beispiel vorangehen und das Lohndumping vor Ort beenden. Passieren tut allerdings das Gegenteil mit diesen verräterischen „Sozialisten“ in der Regierung.

Wie fast jeder Arbeiter am eigenen Leib erfährt, gibt es die Realität der fallenden Löhne in Deutschland. Noch härter trifft es die Arbeitslosen. Das sind Auswirkungen der Konterrevolution in der DDR und Osteuropa vor zwanzig Jahren und kurz darauf in der Sowjetunion selbst. Die Industrie der DDR wurde fast vollständig zerstört und die dortige Arbeiterklasse damit auch ihrer sozialen Macht beraubt. Die Angriffe auf die Arbeiterklasse im Westen wurden kurz nach der kapitalistischen Wiedervereinigung enorm intensiviert. Die damalige CDU/FDP-Regierung unter Helmut Kohl errang zwar Zugeständnisse von Seiten der Gewerkschaften, aber ein größerer Durchbruch wurde verhindert. Erst die SPD/Grünen-Regierung unter Schröder und Fischer schaffte diesen Durchbruch zum „Wiederaufleben“ der deut-

Gewerkschaften in Zahlen



Frankfurter Rundschau

schen Wirtschaft und führte außerdem den ersten Kriegseinsatz einer deutschen Armee seit dem Zweiten Weltkrieg.

Mit den Hartz-Gesetzen und der Freigabe von Leiharbeit und befristeten Arbeitsverhältnissen haben SPD und Grüne effektiv dafür gesorgt, landesweit einen Niedriglohnsektor einzuführen, der längst auch Druck auf die Löhne von Festangestellten ausübt. Als zu Beginn der Krise hunderttausende Leiharbeiter gefeuert und befristete Verträge von Arbeitern nicht verlängert wurden, rührte die IG Metall kaum einen Finger, um diese zu verteidigen. Die Gewerkschaftsbürokratie sieht ihre Klientel hauptsächlich in den festangestellten Arbeitern, denen durch den Ausverkauf der schwächeren Teile der Arbeiterklasse angeblich die Arbeitsplätze gesichert werden. Tatsächlich treffen die Angriffe auch die Kernbelegschaften, wenn auch verzögert. Notwendig ist Klassenkampf, um die Gewerkschaften wieder aufzubauen. **Für einen Kampf für die Organisation der Unorganisierten! Gleicher Lohn für gleiche Arbeit! Schluss mit der Spaltung zwischen Festangestellten, Leiharbeitern und befristeten Arbeitern! Ein Betrieb, eine Gewerkschaft, ein Tarif! Für eine klassenkämpferische Gewerkschaftsführung!**

Wie notwendig ein solcher Kampf ist, zeigt sich z. B. an der Lohnentwicklung der letzten Jahre. In der Zeit zwischen 2000 und 2008 sind die Reallöhne pro Kopf um 0,8 Prozent



Abonniert die Zeitung der SpAD!

- Jahresabo: € 4,-
 - Auslandsabo: € 7,50 Übersee Luftpost: € 10,-
- Alle Abos enthalten *Spartacist* (deutsche Ausgabe)

Name _____

Adresse _____

Telefon _____

E-Mail _____

Bestellt bei:
 Verlag Avantgarde, Postfach 2 35 55, 10127 Berlin
 Konto 1 19 88-601, Postbank Frankfurt/Main, BLZ 500 100 60
 IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01, BIC PBNKDEFF

gesunken. Der Lohnindex in der Eurozone stieg von 1998 (=100) bis 2008 auf 119,85. Im Vergleich dazu stieg er in Deutschland nur auf 103,58. Ganz klar: Der „Aufschwung“ der deutschen Wirtschaft in den letzten Jahren wurde von der Arbeiterklasse durch eine enorm zunehmende Ausbeutung bezahlt. Dies wurde mit der aktiven Unterstützung der sozialdemokratischen Gewerkschaftsbürokratie durchgeführt, die praktisch kampflos eine Lohnreduzierung nach der anderen und massive Verschlechterungen der Arbeitsbedingungen akzeptierte. Das geschah und geschieht unter dem Vorwand, im Rahmen der nationalistischen „Standort-Deutschland“-



Spartakist

IG-Metall-Streikpostenkette in Heidenheim, 2002: Integrierter Klassenkampf zeigt Machtpotenzial, das gegen Protektionismus und Standort-Nationalismus entfesselt werden muss

Kampagne „Arbeitsplätze zu sichern“. Den vorläufigen Gipfel dieses Trauerspiels von Ausverkauf und Verrat konnte man dieses Jahr bei den Lohnverhandlungen der Metallindustrie und des Öffentlichen Dienstes sehen. Die IG Metall stellte erst gar keine Lohnforderung auf und bekam sofort einen Vertrag mit vagen Versprechungen und Öffnungsklauseln. Ver.di rief nach einem Warnstreik die Schlichtung an und akzeptierte einen lausigen Deal, der nur ein weiteres Sinken der Reallöhne bedeutet. Das wirkt sich auch auf die Mitgliederzahlen der Gewerkschaften negativ aus. Die Zahl der Mitglieder des DGB sank von 1999 bis 2009 von 8 Millionen auf 6,26 Millionen. Die Gewerkschaftsspitzen versuchen linke Gewerkschaftsoppositionelle, von denen sie sich herausgefordert fühlen, mit bürokratischen Maßnahmen zum Schweigen zu bringen. Beispielsweise droht jetzt Kandidaten der „Alternative“ in Daimler-Werken ein Ausschluss aus der IG Metall, nur weil sie auf eigenen Listen zu den Betriebsratswahlen kandidierten. Solche Spaltungen der Gewerkschaft durch die Bürokraten schwächen die Kampfkraft der Arbeiter und widersprechen grundlegend dem Zweck der Gewerkschaften, alle Arbeiter im Betrieb gegen die Bosse nach dem Grundsatz Klasse gegen Klasse zu vereinen. **Nieder mit Ausschlussdrohungen gegen Linke!**

Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung versucht alle Kämpfe möglichst im Keim zu ersticken, da sie grundlegend die nationalistische Konzeption und Lüge teilt, dass, wenn es dem Unternehmen gut geht, es auch den Arbeitern gut geht. Da wird dann auf Biegen und Brechen mit den Bossen gekungelt, um die „Wettbewerbsfähigkeit“ des jeweiligen Unternehmens, d. h. die Profitrate für die Bosse, zu verbessern. Anfang Dezember aber klappte das nicht mehr. Die Arbeiter bei Daimler in Sindelfingen begannen gegen

die Verlagerung der Produktion der C-Klasse zu 60 Prozent nach Bremen und zu 20 Prozent in die USA zu protestieren. Sie hatten berechtigterweise Furcht vor dem Verlust ihrer Jobs und streikten effektiv mehrere Tage lang. Die Richtung des Kampfes war aber nationalistisch und protektionistisch. So gab es ein Banner, das den Daimler-Vorstand als „Vaterlandslose Gesellen“ denunzierte, und der Grundtenor war, dass Mercedes „deutsch“ bleiben muss und die C-Klasse in Stuttgart. Ein Deal wurde gemacht, der die Jobs in Sindelfingen garantieren soll und die Verlagerung des SL-Roadsters von Bremen nach Sindelfingen vorsieht. Dies wiederum führte im Januar zu Protesten und Streiks der Daimler-Arbeiter in Bremen, die den Verbleib des SL-Roadsters in Bremen forderten. Diese Kämpfe wurden von oppositionellen Gewerkschaftern wie der „Alternative“ und fast der gesamten Linken gepriesen, ohne die geringste Kritik an der nationalistischen Ausrichtung und der Spaltung der Arbeiter in den verschiedenen Fabriken.

Die Berliner *Alternative* (8. Dezember 2009), Betriebszeitung bei Daimler, stellt fest: „Das Ziel muss sein, Kollegen in allen Werken übergreifend für den Erhalt aller Arbeitsplätze zu mobilisieren.“ Während dies richtig ist, schweigt die *Alternative* völlig über die nationalistische Kampagne gegen die Verlagerung von 20 Prozent der C-Klasse in die USA. Sie können auch nicht anders, denn grundlegend teilen sie die Konzeption „mitzubestimmen“, was wo produziert wird.

Dies ist nichts anderes als übles Co-Management und Klassenkollaboration: „Kritische Kollegen ... fordern, dass die Verlagerung der C-Klasse gestoppt werden muss.“ So verschweigt die *Alternative* vom 23. Februar dann auch in ihrem Bericht über die Streiks in Bremen, dass diese sich gegen die Verlagerung des SL-Roadsters nach Sindelfingen richteten.

Was wo investiert wird, darum werden sich die Arbeiter kümmern, wenn sie herrschen und die Betriebe durch die Enteignung der Kapitalisten ihnen gehören. Heute „mitbestimmen“ zu wollen kettet die Arbeiter nur an ihre eigenen Ausbeuter und spaltet sie – Land gegen Land, Betrieb gegen Betrieb, jung gegen alt usw. Stattdessen ist ein Kampf Klasse gegen Klasse erforderlich, basierend auf internationaler Solidarität, der auch die amerikanischen Arbeiter einschließt und dem Ausspielen der Arbeiter verschiedener Standorte und Firmen gegeneinander ein Ende setzt. Die IG Metall kann den Kampf für die Organisation der Arbeiter in den amerikanischen Daimler-Werken, die im gewerkschaftsfeindlichen Süden der USA gebaut wurden, durch Klassenkampf gegen die Daimler-Bosse hier unterstützen und damit die Spirale immer niedrigerer Löhne brechen. Notwendig ist ein Kampf für die Verteilung der Arbeit auf alle Hände bei vollem Lohnausgleich! Für eine radikale Verkürzung der Wochenarbeitszeit bei vollem Lohnausgleich! Um aber das Recht auf Arbeit für jeden durchzusetzen, reicht gewerkschaftlicher Kampf allein nicht aus, sondern dafür muss der Kapitalismus weltweit durch sozialistische Revolutionen gestürzt werden.

Linke Organisationen und Griechenland

Die reformistische Sozialistische Alternative (SAV, deutsche Sektion des Komitees für eine Arbeiterinternationale, KAI) unterstützt die Proteste in Griechenland und fordert

einen Generalstreik dort. Hier sammeln sie Unterschriften in der Linkspartei für einen Aufruf (18. März): „Gemeinsam gegen die Verursacher der Krise auf die Straße! Mobil machen gegen die Politik der nationalen Regierungen und gegen die EU-Kommission, die auf Anweisung der Großmächte Griechenland de facto unter Zwangsverwaltung stellt und entrechtet.“ Dies soll zu einer Demo am 12. Juni führen, mit der Perspektive eines „europäischen Aktionstags“ irgendwann später. Während die griechische Gruppe des KAI sich für ein „Vereinigtes Sozialistisches Europa“ ausspricht, legt die SAV auf „realistischere“ Ziele Wert.

In einem Artikel über Portugal (27. März), welches sich in einer kaum besseren Lage als Griechenland befindet, wird ihre Perspektive deutlich: „Der Linksblock (BE) und die Kommunistische Partei Portugals müssen diese Stimmung gemeinsam mit den Gewerkschaften in erfolgreiche Proteste kanalisieren. Mit erfolgreich kann nur gemeint sein, dass die derzeitige Regierung, die die Krise nutzt, um weitere Kürzungen und Privatisierungen durchzuboxen, gestürzt wird. Die Frage, wie eine sozialistische Regierung im Interesse der Bevölkerung aussehen soll, gehört in Portugal auf die Tagesordnung und muss in der Bewegung diskutiert werden.“ Das bedeutet Druck auf sozialdemokratische und ex-stalinistische Massenparteien auszuüben, um diese ein bisschen nach links zu drücken und an die Regierung zu bringen. Und laut SAV muss in Portugal in der Bewegung diskutiert werden, wie eine „sozialistische Regierung“ aussehen soll. Dies ist ein kaum verdeckter Appell, eine neue kapitalistische Volksfrontregierung an die Macht zu bringen, vermutlich inklusive der Sozialistischen Partei, über die sich die SAV ausschweigt. Nach dem Sturz der Caetano-Diktatur 1974, der eine vorrevolutionäre Situation eröffnete, organisierte die SPD (in der die SAV sich damals als „Marxisten in der SPD“ vergraben hatte), dass CIA-Gelder nach Portugal geleitet wurden, um die konterrevolutionäre Offensive der Sozialistischen Partei zu unterstützen, die 1975 Büros der Kommunistischen Partei niederbrannte.

Die Gruppe Arbeitermacht (GAM), deutsche Sektion der Liga für die Fünfte Internationale (LFI), solidarisiert sich mit den Kämpfen in Griechenland und lobt die Proteste und Streiks, auch die gegen Berlusconi in Italien. So sieht sie „die Frage des unbefristeten Generalstreiks gegen die Kürzungen von Regierung und EU“ gestellt. Sie spricht gar von „Problemen“ bei dem Kampf: „Die Rolle der Führung der Arbeiterbewegung. Selbst in Griechenland gibt es keine gemeinsame Koordinierung der Kämpfe durch die verschiedenen Gewerkschaftsverbände und Parteien/Parteiblöcke der Linken – KKE und SYRIZA –, geschweige denn demokratische, von unten kontrollierte Mobilisierungsstrukturen“ (*Neue Internationale*, März 2010). Während es fast schon erfrischend ist, bei sich revolutionär gebenden Organisationen zu lesen, dass es Probleme gibt, sieht die GAM diese aber nicht in der nationalistischen Politik der KKE oder der Pro-EU-Linie von SYRIZA, sondern in der fehlenden Koordinierung der Kämpfe. Typischerweise geht die GAM einer Auseinandersetzung mit dem sozialdemokratischen Programm dieser Organisationen aus dem Weg, da sie es

grundlegend selbst teilt. So fordert die GAM „die Schaffung einer Arbeiterregierung, die das Kapital enteignet“, ohne auch nur einmal zu sagen, welche Partei diesen Kampf denn führen soll. Ihre eigene LFI spielt dabei jedenfalls keine Rolle, denn sie wird in diesem Zusammenhang nicht einmal erwähnt.

Die GAM hält die EU selbst, wie die Sozialdemokratie, für etwas durchaus Fortschrittliches. In *Revolutionärer Marxismus* (Juni 2005) argumentiert sie: „Die kapitalistische Vereinigung Europa, die Herausbildung europäischer Monopole und Unternehmensallianzen kann nicht bekämpft



Flüchtlingsschiff vor Insel Lampedusa zeigt brutale Wirklichkeit der EU. Gegen rassistische Festung Europa ist sozialistische Arbeiterrevolution notwendig

werden, indem man den reaktionären und utopischen Versuch unternimmt, das Rad der geschichtlichen Entwicklung zurückzudrehen.“ So träumt sie dann den sozialdemokratischen Traum der sozialen EU und kämpft gegen „die Formierung eines europäischen Imperialismus und europäischer Monopole“ und überlässt es rechten Demagogen, Opposition zur EU zum Ausdruck zu bringen. Ihre Position hat Ähnlichkeit mit der des Zentristen Karl Kautsky, der im Ersten Weltkrieg eine Theorie des „Ultraimperialismus“ entwickelte, welcher dann einen „friedlichen“ Kapitalismus verhieß, da die nationalen Gegensätze keine Rolle mehr spielen würden. Lenin schrieb beißende Polemiken gegen Kautsky und seinen Versuch der Aussöhnung mit dem Imperialismus:

„Interimperialistische‘ oder ‚ultraimperialistische‘ Bündnisse sind daher in der kapitalistischen Wirklichkeit ... *notwendigerweise* nur ‚Atempausen‘ zwischen Kriegen – gleichviel, in welcher Form diese Bündnisse geschlossen werden, ob in der Form einer imperialistischen Koalition gegen eine andere imperialistische Koalition oder in der Form eines allgemeinen Bündnisses *aller* imperialistischen Mächte. Friedliche Bündnisse bereiten Kriege vor und wachsen ihrerseits aus Kriegen hervor, bedingen sich gegenseitig, erzeugen einen Wechsel der Formen friedlichen und nicht friedlichen Kampfes auf *ein und demselben* Boden imperialistischer Zusammenhänge und Wechselbeziehungen der Weltwirtschaft und der Weltpolitik. Der neunmalweise Kautsky aber *trennt*, um die Arbeiter zu beschwichtigen und sie mit den zur Bourgeoisie übergegangenen Sozialchauvinisten auszusöhnen, ein Glied der einheitlichen Kette von dem anderen“. (*Der Imperialismus als höchstes Stadium des Kapitalismus*, 1916)

Vollends absurd wird es, wenn die GAM „für eine Verfassungsgebende Versammlung“ kämpfen will, „um die Empörung über den un-demokratischen Charakter der kapitalistischen Einigung zu bündeln, vor allem aber den Kampf für Vereinigte Sozialistische Staaten, die für die Weltrevolution kämpfen“. In Wirklichkeit zeigen gerade die gegenwärtigen Auseinandersetzungen, dass die EU ein imperialistischer Block ist, der früher oder später an seinen Widersprüchen zerbrechen wird, und dass Opposition gegen die EU aus einer internationalistischen Perspektive sehr notwendig ist. Die EU ist in keiner Weise ein Sprungbrett zu den Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa, wie die GAM impliziert, sondern ein riesiges Hindernis dafür. **Nieder mit der EU und der rassistischen Festung Europa!**

Der frühere Führer der deutschen Sektion des pseudotrotzkistischen Vereinigten Sekretariats der Vierten Internationale, Winfried Wolf, langjähriges PDS/Linkspartei-MdB, hat sich auf völlig pazifistischen Unsinn zur Lösung der Krise Griechenlands verlegt. Vor dem Hintergrund, dass die EU-Imperialisten, allen voran Deutschland, sowohl die türkischen als auch die griechischen Kapitalisten bewaffnen, appelliert er (*junge Welt*, 14. April) an die EU und Griechenland für: „1. eine konsequente Friedenspolitik, d.h. keinerlei Kauf neuer Waffen, massive Reduktion der allgemeinen Rüstungsausgaben und eine umfassende Friedenspolitik gegenüber der Türkei, einschließlich einer Lösung der Zypern-Frage. Im Gegenzug müssten Rüstungslieferungen an die Türkei gestoppt werden. 2. gehört dazu eine radikale Besteuerung von Vermögen und hohen Einkommen in Griechenland.“ Das ist nichts anderes als klassischer „Butter-statt-Kanonen“-Reformismus, wie ihn auch die SPD manchmal vertritt. Der Kapitalismus kann nicht dazu gebracht werden, seine Prioritäten grundlegend zu verändern. Das System basiert auf Ausbeutung und die wird nun mal gegen die eigene Bevölkerung – wie auch gegen konkurrierende Kapitalisten anderer Nationalstaaten – ultimativ mit Waffengewalt verteidigt und durchgesetzt. Unter „3.“ fordert er „eine Lösung der Kriegsschuld mit Reparationszahlungen durch Deutschland, gegebenenfalls unter Einbindung von Österreich und Italien“. Während wir Revolutionäre dafür sind, dass die Opfer der Nazi-Barbarei überall auf der Welt jede nur mögliche Entschädigung von der Bour-

geoisie von Auschwitz bekommen sollen, ist die von Wolf vorgeschlagene Umverteilung nur ein Appell an die anderen europäischen Imperialisten, Deutschland die Rechnung für die Krise zahlen zu lassen, und hat mit einer Entschädigung der Opfer nichts zu tun.

Für Klassenkampf gegen die deutsche Bourgeoisie und die kapitalistische EU

Wie bei Daimler arbeiten in vielen Industrien in Deutschland seit Jahrzehnten türkische, griechische, deutsche Arbeiter sowie Arbeiter aus dem ehemaligen Jugoslawien Seite an Seite. Sie müssen mobilisiert werden im Kampf gegen die deutsche Kapitalistenklasse und die von ihr dominierte EU, um sich selbst, die griechische Arbeiterklasse und die Arbeiter Europas zu verteidigen. Die deutschen Kapitalisten profitieren endlos davon, die griechischen Arbeiter ins Elend zu treiben. Sie haben das Gleiche verstärkt hier vor, sobald die Wahlen in Nordrhein-Westfalen gelaufen sind. Das Haupthindernis zu einem Kampf dagegen sind die sozialdemokratischen Irreführer, egal ob SPD oder Linkspartei, die Arzt am Krankenbett des Kapitalismus spielen.

Die multiethnische deutsche Arbeiterklasse hat mit ihren verschiedenen Komponenten aus den Ländern des Mittelmeerraums, des Balkans und Osteuropas – und den oftmals militanteren Traditionen des Klassenkampfes dort – die organischen Verbindungen, um die Kämpfe der griechischen Arbeiter, der türkischen/kurdischen Arbeiter in der Türkei und von Arbeitern in vielen anderen Ländern zu unterstützen. Darüber hinaus würde ein gemeinsamer internationalistischer Kampf hier auch als ein Leuchtfeuer für die Arbeiterklasse in Osteuropa und weltweit gesehen werden, den Kampf gegen die zunehmende Ausbeutung und Unterdrückung aufzunehmen. Ein solcher Kampf könnte der Anfang vom Ende des imperialistischen Bündnisses EU sein und den Kampf für die Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa einleiten, die Ausbeutung, Rassismus und nationale Unterdrückung in einer international koordinierten Planwirtschaft beseitigen würden! Zentral hierfür ist die Wiederschmiedung der Vierten Internationale als Weltpartei der proletarischen Revolution, was sich die IKL als Aufgabe gestellt hat.■

Polen...

Fortsetzung von Seite 24

polnisch-jüdischen Revolutionärin Rosa Luxemburg vertreten wurde, ist Ausdruck der historischen und *internationalistischen* Interessen des Proletariats. Er beruht auf dem Verständnis, dass die Arbeiterklasse, um sich selbst von kapitalistischer Ausbeutung und Unterdrückung zu befreien, die ganze Klassengesellschaft zum Teufel jagen und eine Weltordnung errichten muss, in der Nationalstaaten und alle Formen sozialer Unterdrückung endgültig beseitigt worden sind. Der durch Ultrationalismus gekennzeichnete Faschismus hingegen ist eine extreme Form *kapitalistischer* Herrschaft: Wenn die Bourgeoisie ihre Macht und ihre Profite durch ein aufständisches Proletariat stark genug bedroht sieht, finanziert sie die Mobilisierung kleinbürgerlicher und verlumpfter Banden, die zur Raserei aufgestachelt werden, um die Arbeiterbewegung unter dem eisernen Stiefel völkermörderischer sozialer Reaktion zu zermalmern. Angst vor und Hass auf den Kommunismus waren immer zentrale Säulen faschistischer Ideologie. Zum Beispiel wurde Hitler-Deutschlands Abkommen von 1936 mit den japanischen Militaristen „Antikominternpakt“ getauft.

Tatsächlich standen die Antikommunisten, die heute gegen „Totalitarismus“ hetzen, überwiegend *auf der Seite der*

Nazis gegen den „jüdischen Bolschewismus“. Baltische Nationalisten bekennen sich offen als Nachfolger etwa der estnischen Waldbrüder, die den Nazi-Holocaust gegen Millionen Juden, Roma und Sowjetbürger unterstützten. Und die Gründer der polnischen Solidarność, Speerspitze des Feldzugs zur Restauration des Kapitalismus im gesamten Sowjetblock, ließen sich von antikommunistischen Vorgängern inspirieren wie dem Diktator der Zwischenkriegszeit Josef Pilsudski, der eine ganze Palette diskriminierender Maßnahmen gegen Juden durchführte, und den bösartig chauvinistischen National-Demokraten (den Endeks).

Viele polnische Arbeiter lehnten den Antisemitismus als Werkzeug bürgerlicher Reaktion mutig ab, aber die überwiegende Mehrheit der polnischen Nationalisten blieb nicht nur untätig im Kampf gegen die „Endlösung“ der Nazis, sondern hieß sie, wie die Endeks, sogar willkommen und beteiligte sich sowohl vor als auch nach Polens Befreiung durch die sowjetische Armee an Pogromen gegen Juden. 1991 erklärte Ministerpräsident Jan Krzysztof Bielecki, ein früherer Solidarność-Aktivist: „45 Jahre Kommunismus haben Polen mehr Schaden zugefügt als die Nazi-Besetzung.“ (Dieser Nutznießer des „wiedergeborenen“ polnischen Kapitalismus ist auch bekannt für den Ausspruch: „Die erste Million muss man stehlen.“) Für Bielecki und seinesgleichen war das Abschlachten von drei Millionen polnischen Juden

(sowie von Roma und fast drei Millionen anderen Polen), darunter ein großer und pulsierender Teil der multiethnischen revolutionären Arbeiterbewegung, ganz und gar nicht „schädlich“.

Wenn polnische Reaktionäre Behauptungen über zig Millionen Opfer des Kommunismus ausspinnen, machen sie Anleihen beim 1997 in Frankreich veröffentlichten *Schwarzbuch des Kommunismus*, welches wiederum einige der kranken Wahnvorstellungen aus Hitlers *Mein Kampf* übernahm. Stéphane Courtois, Herausgeber des *Schwarzbuch*, wettete in seiner Einleitung: „Neuerdings hat die Hervorhebung einer ‚Einzigartigkeit‘ des Genozids an den Juden, die die Aufmerksamkeit auf seine außergewöhnliche Grausamkeit lenkt, ebenfalls die Wahrnehmung vergleichbarer Tatsachen in der kommunistischen Welt behindert.“

In Einklang mit diesem abscheulichen Dreck erklärte das Europaparlament im vergangenen Jahr den 23. August – den Jahrestag des 1939 geschlossenen Hitler-Stalin-Paktes, der dem Nazieinmarsch in Polen vorausging und zu Polens Teilung in deutsch und sowjetisch beherrschte Gebiete führte – zum „europaweiten Gedenktag für die Opfer aller totalitären und autoritären Regime“. Tatsächlich zeigte das Verhalten von Deutschland und der Sowjetunion 1939–41 in Polen nur die grundlegend verschiedenen Klassengrundlagen der beiden Länder. Während die Sowjettruppen in Ostpolen die Enteignung der Kapitalisten und Großgrundbesitzer förderten, errichteten die Nazis in Westpolen Konzentrationslager für linke Arbeiter und Intellektuelle und trieben die Juden in Ghettos. Leo Trotzki bemerkte in einem Artikel vom Januar 1940, gerichtet gegen eine von Max Shachtman geführte Opposition des „Dritten Lagers“, die die Verteidigung der Sowjetunion fallengelassen hatte, kurz und bündig: „Warum waren es hauptsächlich Revolutionäre, ‚Demokraten‘ und Juden, die von dort [Westpolen] flohen, während in Ostpolen vor allem die Gutsherren und Kapitalisten flohen?“ (Trotzki: „Von einem Kratzer – zur Gefahr von Wundbrand“, *Verteidigung des Marxismus*).

Vom Standpunkt des proletarischen Internationalismus war ein diplomatisches Abkommen mit dem deutschen Imperialismus nichts prinzipiell anderes als Stalins frühere und spätere Abkommen mit den „demokratischen“ Imperialisten Frankreichs, Britanniens und der USA. Das wirkliche Verbrechen des Stalin-Regimes war seine *Beschwichtigung* des Imperialismus im Namen des Aufbaus des „Sozialismus in einem Land“, was Verrat an der proletarischen Revolution bedeutete, wie in Spanien und Frankreich Mitte der 1930er-Jahre. Stalins Enthauptung der Roten Armee in den blutigen Säuberungen Ende der 1930er-Jahre bewirkte eine sehr starke Schwächung der militärischen Verteidigung des degenerierten Arbeiterstaats Sowjetunion gegen den Überfall von Hitlers Armeen im Juni 1941. Doch die Rote Armee zerschlug schließlich Nazideutschland – trotz Stalin. Wirkliche Bolschewiki wie die polnischen Trotzkiisten, die im Warschauer Ghetto den Tod fanden, kämpften für die bedingungslose militärische Verteidigung der Sowjetunion und stellten sich gleichzeitig gegen alle imperialistischen Kriegsteilnehmer, einschließlich der „demokratischen“ Alliierten-Mächte, für die der Zweite Weltkrieg ein Kampf um die Neuaufteilung der Kolonien und Ausbeutungssphären war. Und wir ehren die 600 000 sowjetischen Soldaten, die bei der



Der Spiegel

Krakau, 1945: Sowjetsoldaten werden von polnischer Bevölkerung begrüßt

Befreiung Polens von der Nazipest starben.

Von Walesa bis Kaczynski haben Solidarność und ihre Erben immer das Massaker an Offizieren des polnischen Militärs in Katyn bei Smolensk, Russland, im Jahr 1940 zum Paradebeispiel ihres Antisowjetismus erklärt. Wie wir 1982 in einem Artikel in *Spartakist* schrieb:

„Auf jeden Fall befürworten revolutionäre Marxisten die unterschiedslose Tötung der bürgerlichen Offizierskaste genauso wenig wie die der Fabrikbesitzer oder der bürgerlichen Politiker. (Anders ist es mit denen, die persönlich für Verbrechen und Grausamkeiten gegen die arbeitenden Massen verantwortlich sind; sie werden gewiss der revolutionären Gerechtigkeit überantwortet werden.) *Nichtsdestotrotz ist Katyn kein Verbrechen gegen das polnische arbeitende Volk.* Es handelte sich um Offiziere einer faschistoiden, antisemitischen Diktatur, für die das Abschlagen von Arbeitern und sogar von bürgerlichen Dissidenten üblich war.“ („Pilsudski und die Konterrevolution in Polen“, *Spartakist* Nr. 42, Februar 1982)

Antikommunismus und Antisemitismus waren lange vor dem Hitler-Stalin-Pakt wesentliche Bestandteile des polnischen Nationalismus. Praktisch seit dem Moment ihrer Entstehung im Dezember 1918 war die polnische kommunistische Partei im „unabhängigen“ kapitalistischen Polen verboten (das in Wirklichkeit zutiefst abhängig vom

SPARTACIST

NUMMER 27 DEUTSCHE AUSGABE FRÜHJAHR 2009 100K

Nieder mit Exekutivämtern
des kapitalistischen Staates!

**Marxistische Prinzipien
und Wahltaktik**

SEITE 4

Gegen die Apologeten des Verrats der POUM,
damals und heute

**Trotzkismus kontra Volksfrontpolitik
im Spanischen Bürgerkrieg**

SEITE 27

Frauen und Revolution

**Arbeiterinnen und die
Widersprüche im heutigen China**

Verteidigt China gegen Imperialismus und Konterrevolution!
Für proletarisch-politische Revolution!

SEITE 72

Gérard Le Métell, 1959–2007.....3

Theoretische und dokumentarische Quellensammlung

der IKL

Deutsche Ausgabe
Nr. 27, Frühjahr 2009

€ 1,50
(im Abo des *Spartakist* enthalten)

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 23555
10127 Berlin

Konto 1 1988-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60
BIC PBNKDEFF
IBAN DE11 5001 0060 0011 9886 01



Workers Vanguard

New York, 1981: Spartacist League/U.S. demonstriert gegen den konterrevolutionären Drang der Solidarność zur Macht

französischen und britischen Imperialismus war). Während des gesamten Bestehens der Partei, bis zu ihrer Auflösung durch Stalin 1938, waren die heldenhaften polnischen Kommunisten, die im Untergrund für die Sache des Proletariats kämpften, Gefängnis, Folter und Mord ausgesetzt. Gegen Nationalisten aller Couleur erheben wir die historische Losung der Kommunistischen Internationale von Lenin und Trotzki: *Für die revolutionäre Einheit des polnischen, russischen und deutschen Proletariats!*

Antikommunismus: Speerspitze der sozialen Reaktion

Die konterrevolutionäre Zerstörung des deformierten Arbeiterstaats Polen und die Wiederherstellung kapitalistischer Klassenherrschaft 1989/90 führten zu weitverbreiteter Arbeitslosigkeit und Verelendung und dem Eindringen von antisemitischer und frauenfeindlicher katholischer Reaktion in alle Bereiche der Gesellschaft. Millionen Frauen wurden aus der gesellschaftlichen Produktion vertrieben und zurück in die erstickende Enge der Küche gezwungen. Das bedingungslose Recht auf Abtreibung wurde beseitigt; Kindertagesstätten wurden geschlossen; säkulare Erziehung und die Trennung von Kirche und Staat wurden zunichte gemacht, den Schulen Kruzifixe und Religionsunterricht aufgezungen. Für viele arbeitende Menschen bedeutete der „Zauber des Marktes“, ins Ausland zu gehen, um zu versuchen, irgendeine Art von Existenzgrundlage zu bewahren.

Antikommunismus geht immer mit allgemeiner sozialer Reaktion einher. So ist auch das aktuelle antikommunistische Verbot verknüpft mit Maßnahmen gegen Pornografie, gegen sexuelle Aktivität mit Beteiligung von Jugendlichen unter 15 Jahren und gegen andere solche „Verbrechen ohne Opfer“. Diese Maßnahmen gehen einher mit einer abscheulichen Hexenjagd gegen das Recht von Erwachsenen und Jugendlichen, sexuelle Beziehungen in gegenseitigem Einvernehmen zu haben, und die polnische Bourgeoisie kreischt, Pädophile sollten eingesperrt und „chemisch kastriert“ werden. Wir sind gegen jegliche staatliche Einmischung in sexuelle Beziehungen, die auf gegenseitigem Einverständnis beruhen. *Nieder mit der Kriminalisierung von Pädophilie! Weg mit dem reaktionären Konzept der „Minderjährigkeit“! Pfaffen, Bullen und Staatsanwälte raus aus dem Schlafzimmer! Für das uneingeschränkte Recht auf Abtreibung – Für kostenlose Abtreibung auf Wunsch!*

Das anvisierte Verbot kommunistischer Symbole würde den antikommunistischen Rachezug verallgemeinern und legitimieren, der ein Markenzeichen der kapitalistischen Restauration in Polen ist. Die Rechte führt weiterhin eine Hexenjagd gegen die früheren stalinistischen Funktionäre der Volksrepublik Polen. Anfang dieses Jahres kürzte die Regierung die Renten der ehemaligen Mitarbeiter des alten Staatssicherheits-Apparats, sogar auch für Reinigungskräfte und Büroangestellte. Wojciech Jaruzelski, der an der Spitze des stalinistischen Regimes im Dezember 1981 einen konterrevolutionären Versuch der Macht ergreifung durch Solidarność unterdrückte, ist erneut vor Gericht angeklagt. Ehemalige Angehörige der Bereitschaftspolizei ZOMO wurden letztes Jahr wegen Erschießung von neun Bergarbeitern in Katowice während des Ausnahmezustands 1981 zu Gefängnisstrafen bis zu sechs Jahren verurteilt.

Jaruzelski wird von der falschen Klasse für die falschen Verbrechen verfolgt. Für proletarische Revolutionäre war die Unterdrückung der Konterrevolution der Solidarność kein Verbrechen. Von dem Moment an, als Solidarność sich auf ihrem ersten nationalen Kongress im September 1981 auf ein offenes Programm für kapitalistische Restauration festlegte, forderten wir Trotzki: *Stoppt die Konterrevolution der Solidarność!* (siehe *Spartacist*-Broschüre *Solidarność: Polish Company Union for CIA and Bankers* [Solidarność: Gelbe Gewerkschaft im Dienste von CIA und Bankiers]; siehe auch *Spartacist*, deutsche Ausgabe Nr. 10, Winter 1981/82). Gegen uns stand ein Bündnis, das vom Vatikan und der CIA über die Sozialdemokratische Partei Deutschlands (SPD) und die New Yorker Lehrgewerkschaft von Albert Shanker und Yetta Barshevsky (die Witwe Max Shachtmans) bis zum Großteil der pseudotrotzkistischen Linken reichte. Wir kämpften für eine proletarische politische Revolution, um die stalinistische Miss Herrschaft durch die Herrschaft demokratisch gewählter Arbeiterräte zu ersetzen, die der Perspektive der internationalen proletarischen Revolution verpflichtet wären. Wir verurteilten die polnische stalinistische Bürokratie für ihren Verrat, für ihren Nationalismus und ihre Beschwichtigung des Imperialismus nach außen und der Kirche im Innern, für ihre Lügen und ihren Bürokratismus, was schließlich 1980/81 große Teile des historisch prosozialistischen Proletariats in die Arme der klerikalen Reaktion trieb. 1989/90 verschachtelten die Stalinisten dann den deformierten Arbeiterstaat an Solidarność und deren imperialistische Hintermänner. Wir sagen: *Hände weg von Jaruzelski und anderen ehemaligen stalinistischen Funktionären!*

Die Kommunistische Partei Polens (KPP) erklärte in einem anerkennenswerten Protest gegen das antikommunistische Verbot, den sie auf ihrer Website veröffentlichte:

„Wir wenden uns entschieden gegen Versuche, Faschismus – der basierend auf Rassismus zum blutigsten Krieg der Geschichte führte, als er einen Plan zur Auslöschung von Millionen von Menschen umsetzte – mit dem Kommunismus gleichzusetzen, der auf den Grundsätzen sozialer Gerechtigkeit beruht und dank der äußerst kämpferischen und aufopferungsvollen Hingabe unzähliger Millionen Männer, Frauen und Kinder die völkermörderischen Faschisten besiegte. Auch trotz brutalster Repression werden wir nicht innehalten in unserem Kampf für den Sieg des Sozialismus und auch nicht vom Weg zu unserer siegreichen kommunistischen Zukunft abweichen!“ (www.kompol.org, 26. September 2009)

Unter „Kommunismus“ versteht die KPP jedoch nicht den proletarischen Internationalismus von Marx und Engels und den Bolschewiki, sondern dessen direktes nationalistisches Gegenteil, kodifiziert im stalinistischen Dogma vom „Sozialismus in einem Land“. Jeweils auf ihre Weise sind SLD und KPP Zerfallsprodukte der früheren stalinistischen Bürokratie und deren heuchlerischer „Volksdemokratie“. Während die SLD (kapitalistische) „Demokratie“ verherrlicht, glorifiziert die KPP Stalin.

Im Gegensatz zu Reformisten und Liberalen fordern wir nicht den bürgerlichen Staat auf, die Faschisten zu verbieten. Solche Forderungen, die auf Illusionen in wohlmeinende Behörden der bürgerlichen Demokratie beruhen, werden unvermeidlich gegen die Linke und die Arbeiterbewegung benutzt werden, die das Hauptziel kapitalistischer Staatsrepression sind. Beispielsweise wurde in Westdeutschland Anfang der 1950er-Jahre eine faschistische Gruppe verboten und ein paar Jahre später dieses Gesetz dazu benutzt, um die Kommunistische Partei dort zu verbieten. Und ein kürzlich ergangenes tschechisches Gerichtsurteil zum Verbot der faschistischen „Arbeiterpartei“ liefert nun denjenigen eine weitere Waffe, die die Kommunistische Partei von Böhmen und Mähren verbieten wollen. Wir hingegen bauen auf die Mobilisierung des Proletariats an der Spitze aller potenziellen Opfer des faschistischen Terrors, um die Faschisten von der Straße zu fegen.

Zwar ist die Klassenherrschaft der Bourgeoisie zur Zeit nicht bedroht, aber die weltweite Krise unterstreicht die Wahrheit von Marx' Analyse, dass der Kapitalismus ein krisenhaftes System ist. Die rechten Parteien, die in Polen regieren, sind seit einigen Jahren an der Macht. Aber Polen ist wohl kaum als stabile bürgerliche Demokratie zu bezeichnen, und obwohl sozialistische Revolution nicht unmittelbar bevorsteht, hat diese dekadente, drittklassige Bourgeoisie allen Grund, ein Wiedererwachen des einst prosozialistischen polnischen Proletariats zu fürchten. Ungeachtet dessen, dass Teile der Arbeiterklasse durch die klerikal-nationalistische Solidarność vergiftet worden waren, sah sich die erste Solidarność-Regierung einer Welle von Streiks ausgesetzt, als sie 1990 im Namen der „freien Marktwirtschaft“ ihre Angriffe auf die Arbeiterklasse durchführen wollte, und sie wurde bald durch eine Regierung unter Führung der sozialdemokratischen SLD ersetzt. Selbst heute, nach 20 Jahren offizieller antikommunistischer Hysterie in allen Bereichen des öffentlichen Lebens, unterstützt die Hälfte der Bevölkerung immer noch den von Jaruzelski im Dezember 1981 verhängten Ausnahmezustand. „Gott, Ehre und Vaterland“, der Wahlspruch der polnischen Reaktion, klingt hohl für eine Generation von Jugendlichen, die mit der Verherrlichung kapitalistischer Gier und kriecherischer Kapitulation vor den NATO-Imperialisten aufgewachsen ist.

Alle, die einen Ausweg aus der lähmenden Sackgasse dieses verrottenden kapitalistischen Systems suchen, werden ihn im wahren Kommunismus der „drei L“ finden – W.I. Lenin, Karl Liebknecht und Rosa Luxemburg. Die Spartakist-Gruppe Polens, Sektion der Internationalen Kommunistischen Liga, erklärte 1990 in ihrer Gründungserklärung: „Eine trotzkistische Partei muss ein Volkstribun sein, der für alle Opfer von Unterdrückung eintritt. Die Kampagne, den Kapitalismus wiederherzustellen, lässt all die ‚alte Scheiße‘ der Gesellschaftsordnung aus der Vor-



Walbrzych, biesaszyby

Zum Überleben graben Arbeitslose in Walbrzych als „Kohlespechte“ im Biedaszyby (Stollen der Armen) unter Lebensgefahr nach Kohle. Bekannt durch die Weltwirtschaftskrise in den 30er-Jahren, kamen die Kohlespechte und Armenschächte nach der kapitalistischen Konterrevolution zurück

kriegszeit wiederaufleben und zunehmen, vom reaktionären Klerikalismus bis zum pilsudkistischen Nationalismus und Antisemitismus...

Polnische Trotzisten müssen danach streben, die besten Traditionen der polnischen Arbeiterbewegung wiederaufleben zu lassen, die im Kampf gegen den Nationalchauvinismus geschmiedet wurden. Dies wird veranschaulicht durch Rosa Luxemburg, eine polnische jüdische Kommunistin und Führerin des revolutionären deutschen Proletariats. Stalin verleumdete Luxemburg wegen ihres Internationalismus; der polnischen KP traute er niemals, und schließlich liquidierte er diese Partei, die als erste den Genossen Trotzki verteidigt hat, indem sie 1923 darauf bestand, dass ‚der Name des Genossen Trotzki unlöslich verbunden ist mit dem Sieg der sowjetischen Revolution, mit der Roten Armee, mit dem Kommunismus‘.“ (*Spartakist* Nr. 80, 20. November 1990)

Weg mit dem antikommunistischen Verbot! Vorwärts zu einem roten Polen der Arbeiterräte als Teil der Vereinigten Sozialistischen Staaten von Europa! Für die Wiederschmiedung von Trotzki's Vierter Internationale, der Weltpartei der sozialistischen Revolution!■

Bestell!

Platforma Spartakusowcow
Nr. 14, Zeitschrift der
Spartakist-Gruppe Polen,
Sonderausgabe
zu Solidarność

€ 1,-

Bestellt bei:
Verlag Avantgarde
Postfach 2 35 55
10127 Berlin

Konto 119 88-601
Postbank Frankfurt/M.
BLZ 500 100 60
BIC PBNKDEFF
IBAN DE11 5001 0060
0011 9886 01

Platforma SPARTAKUSOWCÓW
Nr. 14, Zeitschrift der Spartakist-Gruppe Polen, Sonderausgabe zu Solidarność

Broszura Spartakista z 1981r.

„Solidarność”: żółty „związek zawodowy” na rzecz CIA i bankierów

W skład numeru wchodzi m.in.:

- Porozumienie między Ruchem Młodej Lewicy i MLK (1990) 6. 4
- O nowym Rewolucyjnym Partyzanckim Frontu: Czerwona Międzynarodówka
- Spartakusowska Grupa Polski odwołana (2007) 6. 8
- Oświadczenie sympatyków i zwolenników MLK... (2005) 6. 10
- Broszura Spartakista: „Solidarność”... (1981) 6. 11

SPARTAKIST

Polen: Weg mit dem antikommunistischen Gesetz!

Polens rechte Regierung will am 8. Juni einen Zusatz zum Strafgesetzbuch in Kraft setzen, der die Verbreitung „kommunistischer Symbole“ kriminalisieren soll. Das Gesetz wurde letzten Herbst praktisch einstimmig vom Parlament verabschiedet und danach vom inzwischen verbliebenen Präsidenten Lech Kaczynski unterzeichnet. Danach kann jeder bis zu zwei Jahren Gefängnis erhalten, der „faschistische, kommunistische oder andere totalitäre Symbole“ aus anderen als „künstlerischen“ oder „Forschungs-Zwecken“ „herstellt, beibehält oder importiert, aufbewahrt, besitzt, zeigt, trägt oder versendet, sei es nun ein Ausdruck, eine Aufnahme oder ein anderes Objekt“. Ungeachtet des grotesken Schauspiels von „nationaler Einheit“, das nach dem Tod des erzreaktionären Präsidenten inszeniert wird, macht das Verbot deutlich, dass die Interessen des Proletariats denen aller Flügel der polnischen Bourgeoisie entgegenstehen. Polens kapitalistische Herrscher, die für die Zerstörung des Lebens und der Existenzgrundlage von Millionen arbeitenden Menschen in den letzten zwei Jahrzehnten verantwortlich sind, wollen nun alles kriminalisieren, was auf die einzige Lösung für die untrennbar mit dem Kapitalismus verbundenen Übel – das Elend der arbeitenden Massen, Frauenunterdrückung, imperialistische Ausbeutung und Krieg, Antisemitismus, Chauvinismus und Engstirnigkeit – hinweist: internationale proletarische Revolution und die Schaffung einer weltweiten sozialistischen, egalitären Gesellschaft.

Das polnische Verbot reiht sich ein in eine Reihe solcher Maßnahmen, die seit der konterrevolutionären Zerstörung der bürokratisch deformierten Arbeiterstaaten von kapitalistischen Regierungen in Osteuropa angedroht oder umgesetzt wurden. Ungarn verhängte 1993 ein Verbot gegen kommunistische Symbole, ebenso Litauen im Jahr 2009. In Estland, Lettland und anderswo wird auf ähnliche Verbote hingearbeitet. Die tschechische Regierung verbot 2007 den Kommunistischen Jugendverband, weil er für vergesellschaftetes Eigentum an den Produktionsmitteln eintrat. Inzwischen haben tschechische Reaktionäre auch das Verbot der Kommunistischen Partei von Böhmen und Mähren, der drittgrößten Partei im Parlament, gefordert.

Bürgerliche Liberale mit ihren heuchlerischen „demokratischen Idealen“ bringt solch unverhohlene Zensur in Verlegenheit. Letztes Jahr hob der Europäische Gerichtshof für Menschenrechte eine Geldstrafe auf, die 2004 gegen Attila Vajnai, einen Führer der ex-stalinistischen Ungarischen Arbeiterpartei, verhängt worden war, weil er einen roten Stern getragen hatte. Und im Januar verfügte ein tschechisches Gericht die Legalisierung des Kommunistischen Jugendverbandes.

Es ist ein Armutszeugnis für die ex-stalinistischen Sozialdemokraten der Demokratischen Linksallianz (SLD), dass ihre Abgeordneten im Sejm, dem Unterhaus, nach anfänglicher Opposition gegen den antikommunistischen Gesetzeszusatz dann ebenfalls für das Gesetzespaket stimmten, zu



Spartakist

10. Januar, Berliner Lenin-Liebkecht-Luxemburg-Demo: Spartakisten protestieren gegen antikommunistisches Verbot und Repression

dem das Verbot gehörte. Alles, was SLD-Abgeordnete gegen das Verbot vorgebracht hatten, blieb im legalistischen Rahmen des Verfassungsgerichts.

Egal, ob solche Maßnahmen am Ende als „verfassungswidrig“ angesehen werden oder nicht, sie dienen dazu, die Bevölkerung zu reglementieren und all jene einzuschüchtern, die gegen die Ungerechtigkeiten und Verwüstungen des Kapitalismus kämpfen wollen. Das polnische Verbot ist „ein Akt der Provokation, der auf die Verfolgung aller zielt, die Widerstand leisten und für eine bessere Zukunft kämpfen“, wie es Georgios Toussas von der Kommunistischen Partei Griechenlands am 3. Dezember 2009 im Europaparlament treffend ausdrückte. Polens Herrscher werden sicher nicht zögern, Unterstützer der SLD und anderer linker Gruppen oder Arbeiter, die sich an kämpferischen Streiks und Demonstrationen beteiligen, als „Kommunisten“ anzugreifen. *Jeder Sozialist, jeder Gewerkschafter, jede Organisation von Arbeitern, Frauen, Homosexuellen, Juden, Roma, Immigranten oder anderen Minderheiten hat das unmittelbare Interesse, diesem reaktionären Gesetz entgegenzutreten – in Polen und international.*

Der Nazi-Holocaust: Wir werden nicht vergessen!

Faschismus und Kommunismus gleichzusetzen, wie es die reaktionären herrschenden Cliquen Osteuropas tun, ist grotesk. Der Kommunismus, wie er von den Führern der bolschewistischen Partei, Lenin und Trotzki, und von der

Fortgesetzt auf Seite 20